

einbringen zu lassen. Also Ultramontane wollten die Arbeiter veranlassen, noch mehr als bisher ihre Arbeitskraft anzuspannen. (Hört! hört!) Und als die Arbeiter sich das nicht gefallen ließen und die Arbeit einstellen, und als die Unternehmer nicht genügend Arbeitskräfte von Auswärts heranziehen konnten, da griffen sie zu einem Radikalmittel: sie stellten den Betrieb ein, ließen das Werk verkaufen mit den Hunderttausende an Werth repräsentierenden Maschinen, um ein Exempel zu statuieren, um gefügige Arbeiter zu erhalten. Durch Reichsgesetz müßte solchen Manipulationen ein Niegel vorgeschoben werden.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Die Resolution findet einstimmige Annahme.

Es folgt Punkt 8 der Tagesordnung: Die deutsche Zoll- und Handelspolitik. Hierzu liegen die Resolutionen 102 und 103 vor.

Berichterstatter Schippel: Von den beiden hierzu vorliegenden Resolutionen steht in der von mir eingebrachten etwas, worüber wir Alle einig sein werden. Es steht darin, daß wir die Handelsvertrags-Politik weiter unterstützen wollen, weil wir sie für richtig halten. Es steht weiter darin, daß die Arbeiterklasse gegen jeden Lebensmittelzoll und gegen jeden agrarischen Zoll auftreten wird und daß, wenn neue Anläufe kommen, Zölle, auch solche industrieller Art, zu erhöhen, wir die Reichstagsfraktion verpflichten, diesen Zollerbhöhungen nicht zuzustimmen. Die zweite Resolution von Kautsky und Genossen schließt Alles ein, was in meiner steht, aber sie geht weiter und proklamirt den Grundsatz, daß wir, die Vertreter der Arbeiter, alle der Meinung sind, daß wir überhaupt keines Industriezollens in Deutschland mehr bedürfen. Am wichtigsten ist hier der Punkt drei, daß die deutsche Industrie weit genug entwickelt ist, um des Zollschutzes entzathen zu können. Dafür möchte ich die Partei nicht verpflichten. Wir wollen die Dinge an uns herankommen lassen, wir sind ja im Allgemeinen Alle Freihändler. Ich müßte wenigstens nicht, wer von uns heute für einen Schutz Zoll eintreten würde. Aber ich plaidire dafür, daß wir uns nach dieser Seite nicht festlegen, sondern freie Hand behalten.

Und nun gestatten Sie mir einige allgemeine Bemerkungen vorauszuschieben. Ich war noch bis in die letzten Tage hinein unschlüssig, ob ich mich in meinem Referat beschränken sollte auf einen Rückblick, was in den letzten Jahren in der Zollpolitik geschehen ist, und auf einen Ausblick in die Zukunft. Ich will aber doch lieber etwas weiter ausholen. Schon deshalb, weil in den letzten Tagen von angeesehenen Parteiblättern, wie der „Leipziger Volkszeitung“ und dem „Hamburger Echo“, eine Erklärung des Parteitagess für den Freihandel als eine „grundsätzliche“ Forderung hingestellt worden ist.

Da darf ich es wohl als allgemeine Anschauung bezeichnen, daß man meint, der Freihandel sei so eine Art internationaler Völkerverbrüderung. Während heute die Völker gegen einander kämpfen, würde der Freihandel ein Schritt sein zur Versöhnung der Völker. Ein Berliner Redner hat einmal diese Ansicht sehr drastisch zusammengefaßt, indem er gegen die Weltpolitik protestirte, die mit Kriegsschiffen auf die Meere hinausgeht, und sagte, die proletarische Weltpolitik: das ist der internationale Freihandel, die Handelsfreiheit. Diese Ansicht ist sehr alt. Als die Freihandelsagenten in alle Welt hinausgegangen sind, da haben sie genau dasselbe Evangelium gepredigt. Cobden hat seinerzeit an P. Schworth geschrieben: „Offenbar würde es gut sein, unsere Freihandelsagitation auf die Friedensbewegung aufzuführen.“ Sie sind schließlich eines und dasselbe. Ich habe mich oft gewundert, daß die Freunde die Sache des Freihandels nicht vertreten als den Weg, und zwar den einzigen Weg, zum allgemeinen ewigen Frieden.“ Und der deutsche Freihandelsmann Princee Smith, den sie Alle aus den Schriften Cassella's kennen, denkt sich in seiner

Rede über die weltpolitische Bedeutung des Freihandels so drastisch aus, daß ich mir erlauben will, die wichtigsten Stellen zu verlesen. Er sagt da:

„Die Freihandelsfrage ist eine Frage von weltpolitischer Bedeutung. Die durch die Handelsfreiheit zu bewirkende Befestigung friedlicher internationaler Beziehungen ist noch viel wichtiger als der unmittelbare wirtschaftliche Gewinn wohlfeilerer Versorgung mit Verbrauchsmitteln. Die weltpolitische viel mehr noch als die bloß wirtschaftliche Reform ist das große Ziel, nach welchem auch die prinzipiellen Freihandelsmänner streben und für welches sie den Gemeinfinn begeistern möchten. Die Größe dieses Zieles erhebt auch gegenüber der Schwierigkeit der Erreichung desselben ihren Muth. Auch nicht unabhäbar fern liegt seine Verwirklichung und dann die Erkenntniß desselben verbreitet sich täglich mit wachsender Stärke. . . . Arbeiten wir daran, eine allgemeine klare Anschauung zu verbreiten von der volkswirtschaftlichen Weltgemeinde, deren Einheit nicht durch Staatsgrenzen gestüdtelt werden darf. Verbreiten wir die Anschauung, daß die in der wirtschaftlichen Produktion wetteifernden Nationen bei freiem friedlichem Verkehr nicht anders als sich gegenseitig förderlich sein können, daß im Wege des freien Handelsverkehrs das eine Volk niemals auf Kosten des anderen bereichern kann, daß sogar der Gewinn relativ stets am reichlichsten ist für das wirtschaftlich schwächere, d. h. für das am wenigsten in der Industrie vorgeschrittene Volk! . . . Erheben wir also den Geist des Volkes auf die Höhe unseres volkswirtschaftlichen Prinzips. Die Welt steht sich von diesen Höhen viel schöner, reicher, friedlicher an.“

Ich meine, in ganz klassischer Klarheit und Einfachheit ist hier gesagt, was man von der Freihandelsbewegung erwartet. Wenden wir zurück, was daraus geworden ist! Zuerst schien es ja, als ob der Freihandel sich über alle Staaten verbreiten würde. Die Engländer hatten ihre Lebensmittel- und Rohstoffzölle, ihre Fabrikatzölle abgeschafft; da begann die Freihandelsbewegung auf dem europäischen Kontinent. Napoleon III. hat, ohne die Einwilligung der Kammern einzuholen, die er auch nicht bekommen hätte, einfach durch Dekret die Zölle herabgesetzt. Er hat durch Handelsverträge die Zölle herabgesetzt, weil dazu die parlamentarische Zustimmung nicht nöthig war. Dann hat Preußen den Trumpf des Freihandels ausgepielt gegen Oesterreich und durch den deutsch-französischen Handelsvertrag einen so niedrigen Vertragstarif geschaffen, daß entweder der Zollverein gesprengt wurde oder daß Oesterreich niemals in den Zollverein eintreten konnte. Es war aus geschlossen, daß Oesterreich derartige Zollsätze annehme, und es war ausgeschlossen, daß man etwa Differentialtarife hätte schaffen können. Die anderen Zollvereinsstaaten haben sich nach schweren Kämpfen diesem Vertrag angeschlossen, und so hat der Freihandel damals auch eine wichtige politische Rolle gespielt. Diese Bewegung hat weiter und weiter um sich gegriffen, man hat überall in Mittel- und Westeuropa Handelsverträge geschlossen; zum Freihandel sind wir ja nie gekommen, aber allmähig sind die Zollsätze doch niedriger geworden.

Und als in den sechziger Jahren der Rückschlag kam, da waren es Länder wie Rußland, Nordamerika und die englischen Kolonien, die noch hohe Zölle hatten. Ich erwähne das, weil man sehr oft sagt, ja wer war es denn, der die Schutzzölle gebracht hat? Bismarck! Gätten wir den nicht gehabt, wenn ein anderer Mann an seiner Stelle gewesen wäre, so hätten wir den Schutz Zoll nicht gehabt. Parteigenossen! Einmal darf man nicht einen Mann, der doch auch nur ein Mensch war, derartig ins Uebermenschliche verzerrten. Das kann kein Mensch, das ist nicht sozialdemokratisch, so etwas glauben zu wollen. Die Schutzzölle waren längst da; in Amerika und auch bei uns in Europa waren Zolltarife schon geschaffen oder auf dem Wege, geschaffen zu werden. Wir haben den Schutz Zoll nicht importirt, wir haben ihn auch nicht am weitesten

getrieben; wir haben immer einen relativ mäßigen Schutzzoll in Deutschland gehabt, und wir können es uns ruhig verbitten, wenn man uns den Vorwurf macht, wir hätten die anderen Länder in den Schutzzoll hineingetrieben. Aber sie sind alle schutzollnerisch geworden: Oesterreich, Italien, Frankreich, die Schweiz, freie Gemeinwesen, Republiken so gut wie monarchische Staaten. Und das kann doch kein Zufall sein: Die Menschheit läuft doch nicht allesamt auf dem Kopf herum. Es müssen tiefere Ursachen für einen solchen Entwicklungsgang vorhanden sein.

Nun komme ich zu einem Satze, der ja auch in der Partei weit verbreitet ist. Man sagt, die Reaktionäre sind es, die für die Schutzzölle kämpfen und welche die Oberhand behielten. Der Schutzzoll hat ja immer den Anstrich des Reaktionären und der Freihandel hat immer den Ansehen, als ob er liberal, als ob er fortschrittlich ist.

Was sagt denn die Geschichte dazu? In der Parteipresse zitiert man immer Karl Marx und ich habe gewiß eine große Hochachtung für Karl Marx. Aber man darf auch nicht auf Worte schwören. Ich führe die Stelle an. Sie lautet: „Das Schutzzollsystem ist konservativ, das System der Handelsfreiheit beschleunigt die soziale Revolution; in diesem revolutionären Sinne stimmen wir für den Freihandel.“ Wie oft ist dieses Wort wiederholt worden und wie oft hat man daraus geschlossen: wer für den Fortschritt ist, muß Freihändler sein, und wer für die Reaktion ist, muß Schutzzöllner sein.

Sehen wir uns einmal die Schutzzollstaaten an. Die Rede von Karl Marx ist in den vierziger Jahren gehalten. Ich wähle deshalb nur Beispiele, die später oder doch wenige Jahre zurückliegen.

Wer sind die Freihändler in den Vereinigten Staaten? Sind das die vorwärtstreibenden Elemente? Nein, das sind die Plantagenbesitzer, die großen Sklavenhalter auf den Baumwollpflanzungen. Sie wollen ihre Baumwolle billig nach England schicken und dafür sollen als billige Rückfracht die englischen Industrieerzeugnisse hereinkommen. Sie wollen keine Industrie, keine Lohnarbeiterklasse in Amerika haben, sie wollen die Sklavenherrschaft behalten auf Grund des Freihandels. Wer aber sind dort die Schutzzöllner? Das sind die Leute, die im Norden, in den Küstengebieten wohnen. Die freien früheren englischen Bürger, sie wollen Amerika zu einem unabhängigen Industriestaat machen, wie jeder fortgeschrittene Staat es heute sein muß. Die Schutzzöllner sind dort die fortgeschrittenen Elemente die Amerika nicht zur Ackerbau- und Pflanzerkolonie herabgedrückt haben wollen, die von dem großen Industriegebiet Neu-England träumen. Also, der Schutzzoll ist, wenn wir diese Ausdrucksweise einmal gebrauchen wollen, das revolutionäre Element innerhalb der alten Gesellschaft. Vielleicht keiner hat dieser Stimmung der schutzöllnerischen Elemente so scharfen Ausdruck gegeben wie Friedrich List, der bekannte deutsche Schutzzöllner, der selber in Amerika erheblich thätig gewesen ist bei der Schaffung von Schutzzöllen. Da heißt es:

„Wenn die Freistaaten nicht fabrizieren, keine Seemacht aufbringen wollen oder können, dann haben die Bostoner den Thee vergeblich in die See geworfen, dann ist all ihr Deklamiren über Unabhängigkeit und künftige Nationalgröße eitel, dann thun sie besser, sobald als möglich in die englische Kolonialabhängigkeit zurückzukehren. Die amerikanischen Sklavenhalter und Baumwollpflanzler werden dann ihre schönsten Träume in Erfüllung gehen sehen. Auch hat in der That ein solches Verhältniß dem Patriotismus, den Interessen und Bedürfnissen dieser Pflanzler schon seit längerer Zeit besser eingeleuchtet als die nationale Selbständigkeit und Größe von Nordamerika. Nur in der ersten Aufwallung von Freiheit und Independenz schwärmten sie von industrieller Selbständigkeit. Von da ab wurden sie tüchtler und seit einem Vierteljahrhundert ist ihnen die gewerbliche Prosperität

der mittleren und östlichen Staaten ein Oruel, suchen sie im Kongreß den Beweis zu führen, die Prosperität Amerikas sei durch die Industriebherrschaft Englands über Nordamerika bedingt. Was will das anders sagen, als daß Nordamerika reicher und glücklicher wäre, wenn es zu England wieder in das Verhältniß seiner Kolonie zurückkehrte? Gäbe es nun eine Macht, die mit dem Plan schwanger ginge, die amerikanische Union in ihrem Aufschwung niederzuhalten und sie sich für alle Zeiten industriell, kommerziell und politisch dienstbar zu machen? Das Mittel zu diesem Zweck läge nicht ferne, man brauchte nur zu verhindern, daß eine Manufakturkraft in den atlantischen Staaten aufkomme, man brauchte nur dem Prinzip der absoluten Freiheit des auswärtigen Handels in Amerika Geltung zu verschaffen, denn werden die atlantischen Staaten nicht manufakturierend, so können sie sich nicht nur nicht auf dem gegenwärtigen Standpunkt ihrer Kultur erhalten, sie müssen sinken, in jeder Hinsicht sinken.“

Dies Verhältniß zwischen den konservativen Freihändlern und den — ich gebrauche nochmals die Ausdrucksweise der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ — revolutionären Schutzzöllnern spinnt sich fort bis zum Bürgerkrieg, ja die exportirenden Farmer sind heute noch Kerntuppen des Freihandels, aber wahrhaftig nicht Kerntuppen des Fortschritts. Die Schutzzöllner sind die Revolutionäre, die eine höhere Wirtschaftsordnung aufbauen und sie schützen wollen gegen äußere Angriffe, die ihr lebensgefährlich sein können.

Wie war es in Deutschland bei den früheren Zollvereinskämpfen? Sie wissen ja Alle, die Preisfechter des Freihandels waren die Großgrundbesitzer, die ostelbischen Landjunker, die Reaktionäre, die Feudalen, die ihre Schafherden aufzogen, ihre Wolle nach England liefern wollten, ebenso das Getreide, das Rußholz aus den Wäldern. Revolutionär waren sie nicht. Nein, sie wußten ganz genau, der Freihandel hätte die Entwicklung in Deutschland zurückgehalten. Und wer waren die Schutzzöllner? Die gegen den Feudalismus und die absolute Staatsform als Klasse auftretende Bourgeoisie, die Baumwollspinner in Preußen, in Sachsen, Württemberg, Baden und Bayern, die großen Fabrikbesitzer, die Eisenindustrie am Rhein und in Südwestdeutschland. Zweifellos haben die Schutzzölle — freilich waren es stets mäßige Schutzzölle — die Entwicklung viel rascher vorwärts getrieben, sie sind auch das treibende und beschleunigende Element in unserer Entwicklung gewesen. Und wenn wir heute hier sitzen, verdanken wir es zum Theil den Schutzzöllnern.

Bei List gelangt auch die Sehnsucht, das versperrte, verbauerte Deutschland zum Industriestaat zu machen, zu ergreifendstem Ausdruck. Da heißt es: „Eine Nation, die bloß Agrikultur treibt, ist ein Individuum, dem in seiner materiellen Produktion ein Arm fehlt. Bei der großen landwirtschaftlichen Produktion besteht Willkür und Knechtschaft, Aberglaube und Unwissenheit, Mangel an Kultur und Verkehrs- und Transportmitteln, Armut und politische Ohnmacht. Im bloßen Agrikulturstaat wird nur der geringste Theil der in der Nation liegenden geistigen und körperlichen Kräfte geweckt und zur Ausbildung gebracht, nur die ihr zu Gebote stehenden Naturkräfte und Naturfonds können benutzt, keine oder nur wenige Kapitalien können gesammelt werden. Man vergleiche Polen mit England. Beide Nationen sind einst auf der gleichen Stufe der Kultur gewesen und jetzt — welcher Unterschied! Die Manufakturen und Fabriken sind die Mütter und die Kinder der bürgerlichen Freiheit, der Ausflücht, der Ränke und Wissenschaften, des inneren und äußeren Handels, der Schifffahrt und der Transportverbesserungen, der Zivilisation und der politischen Macht. Wenn irgend eine Nation zur Pflanzung einer nationalen Industrie berufen ist, so ist es die deutsche, wenn irgend eine Nation von einem ihren Zuständen angemessenen Schutzzollsystem reiche Früchte zu erwarten hat für das Aufkommen ihrer inneren

Manufakturen, für die Vermehrung ihres auswärtigen Handels und ihrer Schifffahrt, für die Vervollkommnung ihrer inneren Transportmittel, für die Blüthe ihres Ackerbaues, sowie für die Behauptung ihrer Unabhängigkeit und die Vermehrung ihrer Macht nach außen, so ist es die deutsche. Noch erfüllt indessen das deutsche Schutzsystem seine Zwecke nur in sehr unvollkommener Weise, solange nicht Deutschland seinen Bedarf an Baumwolle und Flachsmaschinengarn selbst spinnt, solange es nicht seine Bedürfnisse an Kolonialwaaren unmittelbar aus den Ländern der heißen Zone bezieht und sie mit eigenen Manufakturprodukten bezahlt, solange es nicht diesen Handel mit eigenen Schiffen betreibt, solange es seiner Flagge keinen Schutz zu gewähren vermag, solange es kein vollständiges Strom-, Kanal- und Eisenbahn-Transportsystem besitzt, solange nicht der deutsche Zollverein auf alle deutschen Küstländer und auf Holland und Belgien sich erstreckt.

Das sind die Worte eines Schutzöllners, aber gewiß nicht eines Reaktionärs. Die damaligen Freihändler dagegen sind nicht bloß Feinde der Industrie, nicht bloß Feinde der Bourgeoisie; die damaligen Freihändler sind auch Arbeiterfeinde. Die Löhne in der zollgeschützten Industrie sind ihnen noch zu hoch. 1848 überreichten die Deputirten sämmtlicher landwirthschaftlichen Vereine in Sachsen der Nationalversammlung in Frankfurt eine Denkschrift, in der es heißt: „Die höheren Arbeitslöhne lassen diesen Vortheil der Rückwirkung der Industrie auch auf das Gedeihen der Landwirtschaft verschwinden, andererseits darf man nicht übersehen wollen, daß die Industrie Sachsens dem Ackerbau die nöthigen Arbeitskräfte entzogen habe, daß diese letzteren bereits effektiv fehlen. In Sachsen fehlt es nicht an Arbeit, sondern an Arbeitern für die Landwirtschaft, namentlich in den Industriebezirken. Sachsens Aufgabe ist, der Landwirtschaft wieder Kräfte zuzuführen. Eine Ausdehnung der Industrie liegt nicht im Interesse Sachsens.“ Also um die Arbeiter nicht emporkommen zu lassen, sind die Herren Freihändler!

So können Sie es weiter verfolgen, Jahr für Jahr, Jahrzehnt für Jahrzehnt. In den sechziger und im Anfang der siebziger Jahre ist es genau so. Wie oft haben die Großgrundbesitzer Anträge gestellt, die Eisenzölle abzuschaffen, weil es ihnen unangenehm war, daß in die Industriebezirke die Arbeiter einwandern.

Saß alle Industrien, nicht nur bei uns, sind aufgewachsen unter dem Schutzzoll. Mit der englischen Industrie hat es seiner Zeit auch nicht anders gestanden. Wo Sie heute auch hinblicken, nehmen Sie Oesterreich, nehmen Sie die jungen aufstrebenden Balkanstaaten, Ungarn, Italien, Spanien, alle diese Staaten haben sich zunächst mit einer Schutzzollmauer umgeben, um ihre Industrie nicht niederrennen zu lassen. Und da hat der Schutzzoll, man mag stehen, wie man will, eine revolutionäre Wirkung geübt. Damit ist nicht gesagt, daß wir für ihn eintreten sollen. Aber stehen wir doch die thatsächliche Entwicklung zu. Nehmen wir einmal das Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn. Ungarn ein Ackerbauiland, Oesterreich ein entwickeltes Industrieland. Die revolutionären Elemente, Kossuth und Genossen, pläbdirten in den vierziger Jahren für Schutzzoll, aber die österreichische Regierung gab ihnen die Schutzzölle nicht. Diese Elemente verzichteten auf eine eigene Industrie nicht, sie wollten keine Kolonie Oesterreichs sein, dazu ist heute der Ungar schon viel zu selbstbewußt, fühlt sich schon viel zu sehr als selbständige Nation und weiß, daß er es nicht sein kann, wenn er nicht fußt auf einer starken Industrie. Und was macht Ungarn, da es den Schutzzoll nicht haben kann. Es giebt Boden umsonst, es giebt Steuerfreiheit für eine Reihe von Jahren, es giebt Ausnahmetarife, es giebt Staatsunterstützung für aufstrebende Etablissemens, es giebt für Maschinen die Zölle zurück u. s. w. Das ist doch auch ein Schutzsystem und das wiederholt sich von Staat zu Staat.

Nun Parteigenossen! Das glaube ich aus der Erfahrung, der Wirtschaftsgeschichte der Völker entnehmen zu können. Aber es berubigt vielleicht die Parteigenossen, von einer sozialdemokratischen wissenschaftlichen Autorität diese Ansichten über die Rolle des Schutzzolles bestätigt zu sehen. Friedrich Engels sagt über den Schutzzoll:

Vor ungefähr fünfzehn Jahren reiste ich im Eisenbahnwagen mit einem intelligenten Glasgower Geschäftsmann, der ein besonderes Interesse an Eisen nahm. Die Rede kam auf America, er gab mir die alten Freihandelsrebensarten zum Besten: Sei es nicht unbegreiflich, daß geriebene Geschäftsleute, wie die Amerikaner, ihren einheimischen Hüttenbesitzern und Fabrikanten Tribut zahlen, wo sie doch denselben oder gar einen besseren Artikel für den halben Preis von hier aus beziehen können? Dann folgten Beispiele, wie wahnfinnig hoch sich selbst die Amerikaner befeuert, um ein paar geldgieriger Bestzer von Eisenhütten zu bereichern. „Nun“, sagte ich, „die Sache scheint auch eine andere Seite zu haben; Sie wissen, daß in Kohlen, Wasserkrast, Eisen und anderen Erzen, wohlfeilen Nahrungsmitteln, einheimischer Baumwolle und anderen Rohstoffen America Gießquellen und Vorthteile besitzt, worin ihm kein europäisches Land das Wasser reicht, und daß diese Gießquellen nur dann vollständig entwickelt werden können, wenn Amerika ein Industrieland wird; Sie werden ferner zugeben, daß heutzutage ein großes Volk wie die Amerikaner nicht bloß ackerbauend bleiben kann; daß das eine Verurtheilung zu ewiger Barbarei und Unordnung wäre. Heutzutage kann kein großes Volk bestehen ohne eigene Industrie. Nun gut, wenn Amerika ein Industrieland werden muß und wenn es alle Aussicht hat, hierin seine Nebenbuhler nicht nur zu erreichen, sondern selbst zu schlagen, dann stehen ihm zwei Wege offen: Entweder bei freiem Handel während meinethwegen fünfzig Jahren einen äußerst kostspieligen Konkurrenzkampf zu führen gegen die englische Industrie, die ihm um hundert Jahre voraus ist, oder aber durch Schutzzölle die englische Konkurrenz um meinethwegen fünfundsanzig Jahre auszuschließen mit der absoluten Gewißheit, daß am Ende der fünfundsanzig Jahre die amerikanische Industrie auf dem Weltmarkte ihren Platz behaupten wird. Welcher der beiden Wege ist der wohlfeilste und der kürzeste? Darum handelt es sich. Wenn Sie von Glasgow nach London reisen, so können sie den gewöhnlich vorgeschriebenen Bummelzug (Parliamentary Train) nehmen; Sie zahlen einen Penny die Meile und fahren zwölf Meilen die Stunde; aber das fällt Ihnen nicht ein, dazu ist Ihnen Ihre Zeit zu lieb. Sie reisen Expreßzug, zahlen zwei Pence die Meile und machen vierzig Meilen die Stunde. Nun gut, die Amerikaner ziehen vor, ein Expreßbillet zu nehmen, um so viel rascher vorwärts zu kommen.“ Mein schottischer Freihändler hatte kein Wort der Erwiderung.

Das ist eine ganz richtige Auffassung. Der Freihandel kann unter Umständen revolutionär sein, aber auch der Schutzzoll kann es sein. Dem revolutionär sein heißt doch mit dem Expreßzug reisen und nicht mit dem Bummelzug.

Ich komme jetzt zu unserem Klassenstandpunkt. Wie stehen die Arbeiter zu dieser Frage? Sie werden herausgefunden haben, daß die Arbeiter eine sehr verschiedene Stellung dazu einnehmen müssen. Wo die Industrie sich erst entwickeln soll, da sind die fortschrittlichen Elemente der Arbeiterklasse immer schutzöllnerisch, wo die Industrie aber stark und mächtig ist, da werden sie immer freihändlerisch sein, aber internationale Freihändler können wir nicht sein. Wir können es den jungen Staaten, den kolonialen Freistaaten z. B., nicht verweigern wollen, ihre Industrie mit Hilfe der Schutzzölle zu entwickeln, daher können wir keine Propaganda für den internationalen Freihandel treiben. Wir würden bei Erfüllung solcher Forderungen unseren ungarischen, polnischen, russischen, rumänischen Arbeiterbrüdern einfach die Hülfe abschneiden. Da sind

Interessengegensätze auch in der Arbeiterklasse vorhanden, denen wir ruhig ins Gesicht sehen müssen. Wir lehnen die Propaganda für den internationalen Freihandel ab. Die Frage der internationalen Arbeiterbewegung steht damit im Einklang. Überall da, wo die Industrie erst emporgebracht wird, sind die Arbeiter schutzöllnerisch. Haben sie darum ihren Klassenkampf nicht vertreten, sind sie nicht stürmisch genug vorwärts gegangen? Haben wir ihnen darum Vorwürfe zu machen? Nein, sie haben ihre Klasseninteressen zusammenfallen lassen zunächst mit denjenigen der Großindustrie, der industriellen Bourgeoisie. In Amerika ist unsere Parteipresse wohl im Allgemeinen freihändlerisch veranlagt, sie bekämpft aber vorwiegend nur die übertriebenen Hoffnungen, die man auf die Schutzölle legt. Aber freihändlerisch eingeschmoren sind auch die zielbewusstesten amerikanischen Arbeiter nicht, und ich würde ihnen das auch sehr verdenken, denn der Schutzoll ist dort auch wohl heute noch im Allgemeinen eine Lebensbedingung der Industrie.

Man spricht so viel von Australien, man sagt, das ist das Land des staatlichen Arbeiterschutzes, da ist der Achtstundentag, da sind alle möglichen staatlichen Einrichtungen zu Gunsten der Arbeiter. Jawohl, aber die dortigen Arbeiter sind sammt und sonders schutzöllnerisch. In dem Werke von Walter über die australische Demokratie liest man:

„Ein großer Theil der Arbeiter Australiens besteht aus überzeugten Anhängern des Schutzolls, das Wort in seinem weitesten Sinne genommen; schließt man von den parlamentarischen Arbeitervertretern auf die Meinung der Arbeiter selber, so werde darüber Einstimmigkeit herrschen. In Victoria, Südaustralien und Neu-Seeland (also im Freihandelsstaate), haben die Arbeitervertreter um der Einigkeit willen die Tarifffrage fallen lassen, aber die Mehrheit ist schutzöllnerisch und möchte die Tarifffrage durch Volksabstimmung entscheiden sehen. Dadurch glauben sie den Schutzoll zu erhalten und für ihre weiteren Ziele die Kräfte ungehindert frei zu erhalten. In Queensland heißt es im Arbeiterprogramm ebenfalls, daß die Tarifffrage keine Parteifrage sei. Der Schutzoll, gestehen die Arbeitervertreter ein, erhöht den Preis für den Konsumenten, aber sie behaupten, daß die Kraft der Gewerkschaften hinreichen sollte, eine Lohnerhöhung zu erzwingen. Um ihre Gründe gleichsam in der Nußschale darzustellen: Es sei besser, hohe Preise und gute Löhne zu haben, wie billige Waaren, schlechte Löhne und häußige Arbeitslosigkeit.“

Für die deutschen Arbeiter früherer Jahrzehnte ließ sich ähnliches feststellen. Ich habe mir hier noch eine Stelle notirt, die recht charakteristisch ist. Münting schreibt im Jahre 1845: „Der Zollverein selbst hat das Prinzip der Handelsfreiheit, welches er bisher ziemlich strenge festhielt, zum Theil aufgegeben und das ist am Ende ein größerer Gewinn, als die Ausdehnung über einige Provinzen. Mit dieser Handelsfreiheit haben uns die Engländer einmal über den Düssel barbirt, überall predigten englische Agenten die Nothwendigkeit der Handelsfreiheit, das heißt, sie verlangten freie Einfuhr für englische Fabrikate, ließen aber nach England nicht Mann oder Maus herein; und wir Deutsche waren schwärmerisch genug, uns durch das beigelegte Wort „Freiheit“ englische Habsucht und englischen Eigennutz für tiefe auf Menschenliebe gestützte Staatsweisheit verkaufen zu lassen. Es versteht sich übrigens von selbst, daß Handelsfreiheit der Zweck und das Ziel der zivilisirten Welt ist, aber die deutsche Industrie braucht Schutz gegen die durch ungeheure Kapitalien und die höchste Vollenbung der Maschine furchtbare Konkurrenz der Engländer.“ Sie schrieb damals ein sozialistisch gefärbter Radikaler in einem Buch, das sich an die Arbeiterschaft wandte.

Und nun komme ich zu unserer Partei. Wenn ich die Resolution Raatsky richtig verstehe, so bedeutet sie, jetzt ist Deutschland unbedingt soweit,

daß es die Konkurrenz jedes Staates bestehen kann. Unsere Industrie hat nichts zu befürchten, sie wird gefördert werden, wenn wir den Freihandel für Deutschland haben. Ich persönlich will das nicht bestreiten, ich habe auch schon eine ganze Reihe von Leitartikeln in diesem Sinne geschrieben, aber wogegen ich mich wenden möchte, das ist der Versuch, die Partei festzulegen auf eine Anschauung, die wir doch nicht so einfach als unbestritten und zweifelsfrei hinstellen können.

Wie hat sich denn die Partei sonst verhalten? Es ist charakteristisch, daß immer und immer wieder in der deutschen Arbeiterklasse die Befürchtung hervorgerufen ist, soweit sind wir noch nicht, daß wir unseren Markt ganz frei öffnen können. Auf dem Gothaer Kongreß im Jahre 1878 ist es abgelehnt worden, die Partei auf freihändlerischem Boden festzulegen. Sie kennen ja Alle die dort gefaßte Resolution. Dieselbe lautet:

„Der Kongreß erklärt, daß die Sozialisten Deutschlands dem innerhalb der bestehenden Klassen ausgebrochenen Kampfe zwischen Schutzoll und Freihandel fremd gegenüberstehen; daß die Frage, ob Schutzoll oder nicht, nur eine praktische Frage ist, die in jedem einzelnen Falle entschieden werden muß; daß die Noth der arbeitenden Klassen in den allgemeinen wirtschaftlichen Zuständen wurzelt, daß aber die bestehenden Handelsverträge seitens der Reichsregierung ungünstig für die deutsche Industrie abgeschlossen sind und eine Aenderung erheischen; daß endlich die Parteipresse aufzufordern ist, die Arbeiter davor zu warnen, für die unter dem Verlangen nach Schutzöllen eine Staatshilfe erstrebende Bourgeoisie die Kastanien aus dem Feuer zu holen.“

Das ist eine ganz klare und meines Erachtens auch ganz vernünftige Stellungnahme. Machen wir uns doch klar die Stellung der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Wer sind heute die führenden Freihändler? Das sind die internationalen Handel Treibenden, die Seeleute, die Kaufleute. Diese werden von selbst immer eine Neigung zum Freihandel haben. Wenn unsere Industriellen noch Schutzölle für nöthig halten, wenn wir keine starke Gegenströmung dagegen heute in der deutschen Industrie wahrnehmen — denn Alles, was man uns da vorerzählt von einer starken Agitation gegen die Ölle, trifft einfach nicht zu — ich sage, wenn die Industrie unter Schutzöllen litte, wären die Industriellen die Ersten, die dagegen ankämpften. Sind denn die Interessenkonflikte in Deutschland heute schon wirklich so, daß man sagen kann, es kommt zur Umkehr? Die freisinnige Agitation gegen die Ölle geht einfach vom Standpunkt des Konsumenten aus; da zeigt es sich gerade, daß wir, wenn wir unseren Klassenstandpunkt bewahren wollen, sehr häufig genöthigt sein werden, viel weiter rechts zu stehen als die abgedröckelten Elemente aus der bürgerlichen Gesellschaft. Wer sind denn die Nichts-wie-Konsumenten? Das sind die Beamten, die Bureau-Angestellten mit festen Gehältern, die kleinen Leute aus dem Mittelstand, deren Einkommen vielleicht noch heruntersinkt, wenn die Großindustrie sich entwickelt; da sind diejenigen, die mit jedem Pfennig haushalten müssen. Die freisinnigen Spießbürger, die freisinnigen Phäntasten sind die Kerntuppen des Freihandels bei uns und werden es sein. Die Arbeiter aber sind nicht reine Konsumenten, sie sind gewissermaßen Mit-antheilshaber an jeder wenn zunächst auch künstlich beförderten Erweiterung der Großproduktion. Das Endziel, die höhere Entwicklung unserer Industrie, ist uns Alles. Das bischen Preisbewegung und Preiserrhöhung kann für uns nichts bedeuten. Also nicht als Konsumenten haben die Arbeiter darüber zu urtheilen, sondern als Theilnehmer an dem heutigen Produktionsorganismus. Bedenken Sie doch, was hier geschaffen wird, das ist unser Erbtheil, das uns einmal zufallen wird, und das wollen wir hochhalten. Den Kampf um den Freihandel für die Industrie zu führen, dazu sind wir nicht die Leute, das muß aus unserer Industrie selbst herauswachsen.

Nun ist es charakteristisch, sowie Zollfragen gekommen sind, haben immer und immer wieder einzelne von unseren Abgeordneten sich für Zölle interessiert. Ich glaube nicht, daß sie übermäßig dafür begeistert waren, vielmehr haben sie sich damals auch nicht so sehr mit diesen Fragen beschäftigten können, aber immer wieder bröckelt es und kommt die Zustimmung aus Arbeiterkreisen für Industriezölle, freilich nur für solche.

Als die Garnzölle herabgesetzt wurden, war es Herr v. Schweitzer, der dagegen sprach. Die Agrarier wollten sie abschaffen. Ich weiß nicht, ob sein Standpunkt unter den gegebenen Verhältnissen ein berechtigter war, aber er war ein kluger, überlegender, praktisch erfahrener Kopf und er äußerte damals: „Von meinem Parteistandpunkt aus kann für eine Aufhebung bestehender Schutzzölle oder für eine Verminderung derselben nur in zwei Fällen eingetreten werden: Erstens nämlich bei einem Industriezweig, der in vollster Blüte ist, der dem Auslande gegenüber vollständig konkurrenzfähig ist, ebenso in entgegen gesetzten Falle, wenn nämlich ein Industriezweig vorliegt, der im Absterben begriffen, der zweifellos dem Untergange verfallen ist.“

Dann kamen die Eisenzölle, kam die Frage der Wirkung der französischen Ausfuhrprämien, und da war es der Genosse Bracke — wieder einer der erfahrensten Parteigenossen, die wir gehabt — der davor warnte, ohne weiteres in das Lager der Freihändler überzugehen. Er äußerte am 23. April 1877: „Wir erkennen an, daß es eine Anzahl von Fällen geben kann, wo es geboten ist, der heimischen Industrie einen Schutz durch Zölle zu gewähren. Diese Fälle sind die folgenden: Erstens, wenn es sich handelt um eine sich entwickelnde und zu guter Hoffnung berechtigende Industrie, wenn also die Industrie im eigenen Lande noch zurückgeblieben ist gegenüber der gleichen Industrie im Auslande, aber die Bedingungen vorhanden sind, sie konkurrenzfähig zu machen gegenüber dem Auslande. In solchen Fällen würden wir die vorübergehende Erhebung eines Schutzzolles für gerechtfertigt anerkennen. In einem anderen Fall, wenn nämlich die Beseitigung eines bestehenden Schutzzolls einen vernichtenden Einfluß auf die Industrie im eigenen Lande ausüben würde, würden wir auch anerkennen, daß es sich hier rechtfertigt, den bisherigen Schutz weiter beizubehalten. Es handelt sich da mit um die Lage der Arbeiter; gesetzt den Fall, eine Industrie habe sich während des Bestehens eines Schutzzolls entwickelt und durch Aufgabe dieses Zolls werde dieselbe plötzlich dem Auslande gegenüber konkurrenzunfähig gemacht, so würde das auch die Folge haben, daß eine große Anzahl von Arbeitern brodtlos würde, und das können wir nicht wünschen. Ich betone da dem Herrn Abgeordneten Dr. Girsch gegenüber, daß wir sehr wohl die Harmonie der Interessen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern anerkennen, wo sie vorhanden ist, daß wir es aber nicht für recht halten, wenn man eine Harmonie da findet, wo keine ist. Ein letzter Fall, in welchem wir gegen einen Schutz Zoll uns nicht feindselig verhalten würden, ist folgender: wenn durch Reformen auf gewerblichem Gebiet eine ungünstigere Stellung der heimischen Industrie gegenüber der des Auslandes platzgreifen sollte. Das würde z. B. der Fall sein, wenn für die eigene Industrie Kinder- und Frauenarbeit sehr beschränkt würden, während die ausländische noch mit diesen billigeren Faktoren arbeitet. Ich sage also, in einem dieser Fälle würden wir die Erhebung eines Schutzzolls für nicht ungerechtfertigt erachten.“ So weit unser Genosse Bracke.

Dann komme ich zu der bekannten Rede des Abgeordneten Kayser, die die Ansetzung erfahren hat in der „Laternen“, die damals in Brüssel als verbotenes Blatt erschien. Auch Kayser ist bei der Verathung des Zolltarifs für eine ganze Reihe von Zöllen eingetreten. Er erklärte am 17. Mai 1879: „Ich will nur sagen, daß ich für diese Position, wie sie uns von der Regierung vorgeschlagen ist, stimmen werde, wie auch ähnlich für die übrigen, weil ich

in dieser wie in den übrigen Positionen einen Bruch mit dem Freihandelsystem gemacht sehe. Meine Herren! Für mich ist Eisenindustrie so zu sagen das Knochengeriüst des Wirtschaftssystems, und ich bin der Ueberzeugung, daß in dieses Knochengeriüst die englische Krankheit — ich meine darunter eine Krankheit, die die ganze Stellung des Industriezweiges etwas erweicht und löst — gekommen ist. Meine Herren, bei der Schutz Zoll- und Freihandelsfrage haben wir uns vorzüglich gefragt, in welcher Weise ist der eingeführte Schutz Zoll im Stande, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Ich erwarte nicht, daß durch die Einführung irgend eines Zolls auf irgend einen Gegenstand der jezt so außerordentlich niedrig stehende Lohn um viel erhöht werden wird. Allem ich hoffe, daß die Unterkunft der Arbeitslosen eher wird stattfinden können als gegenwärtig. Ich will zum Ende kommen, indem ich hervorhebe, daß ich aus dem Grund, und ich wiederhole das noch einmal, für die einzelnen Schutz Zollpositionen stimme, weil ich glaube, daß für die Gegenwart eine Belebung der Industrie eintreten wird, obwohl ich — und diese Reserve anzuhängen, müssen Sie mir schon gestatten — glaube, daß ebenso wie die äußere Konkurrenz zu einer Krise geführt hat, auch die innere Konkurrenz zu einer Krise führen wird. Aber über die Schwerezeiten des Augenblicks werden wir zum theil hinweggebracht werden. Ich bin vorzüglich der Meinung, daß man nicht alles beim Alten lassen soll, wie es der Herr Abgeordnete Bamberger wünscht, also hier es nicht dabei lassen, daß der Gegenstand, der einmal frei von Zoll war, auch davon frei bleibt, sondern ich halte es für meine Verpflichtung überall da, wo ich die Prüfung des einzelnen Falles sehe, das wirklich ein Uebel in einem bestimmten Industriezweig vorhanden ist, dann auch dem vorhandenen Mittel, welches das Uebel beseitigen soll, zuzustimmen.

Ich will die Gegenartikel in der „Laternen“ kurz streifen, weil nämlich in der Parteipresse behauptet worden ist, für unsere Partei sei seit diesen Artikeln die Frage des Schutzzolles endgiltig beseitigt. Da muß man ungenügend sein, wenn man diese Artikel für eine Widerlegung der Schutz Zollbeschlüsse hält. Was für ein Verständniß der Artikelschreiber für die damalige Schutz Zollbewegung gehabt hat, das geht schon daraus hervor, daß er schreibt: „bis April wird diese ganze Schutz Zollbewegung erloschen sein (Heiterkeit), sie ist ja nur durch Geld erkaufte. Wenn der Schutz Zollner für das Stück gedruckte öffentliche Meinung 10 000 M. giebt, dann kommen die Freihändler, die mehr Geld haben, und bieten 50 000 M.“ Und dann kommen alle die Späße: „Wenn man die Grenzen sperrt von Land zu Land, von Berlin bis Potsdam?“ auch von Stadt zu Stadt, von Stuttgart bis Cannstatt, von Berlin bis Potsdam?“

Und dann geht es in persönlichem Ton gegen den Abgeordneten Kayser los. (Webel: Ach, lassen Sie das doch!) Da heißt es: „Wackerer Jüngling, Breslauer Hanswurst, gut, daß die Partei dieses Fräulein los geworden, des Gemengels unverdauter Schutz Zollnerischer Phrasen, meistens den Bismarck'schen Fräuleinblättern entnommen. Dazwischen immer wieder ein burleskes Angebell, mit dem der dicke Herr den Präsidenten förmlich um einen Ordnungsruf ansuchte, um mit guter Manier abschreiben zu können. Als ehrsamer Handlungsdienere schrieb er sich noch mit i, dann änderte er es in y um. Will uns der neue Demosthenes etwa glauben machen, er stamme von den alten Griechen ab?“ (Große Heiterkeit.) U. s. w., u. s. w.

Parteigenossen! Es ist ja nicht unmöglich, daß auch ich nachher stark angegriffen werde, aber bitte, werden Sie dann nicht in dieser Art persönlich (Heiterkeit.) Eigenthümlich aber ist auch die Art der sachlichen Behandlung. Eigentlich ist die „Laternen“ weder für Freihandel, noch für Schutz Zoll, sondern sie ist für den sozialistischen Zukunftsstaat. Da heißt es: „Also steht unser Heil nicht im Schutz Zoll, sondern in der Verrückung aller Hände zum Zweck einer Wirtschaft, welche die Produkte der Kultur

dem arbeitenden Volke zukommen läßt.“ „Schutzzollpaffen auf der einen Seite, Freihandelsprediger auf der andern.“ „Ich behaupte, daß sie alle beide — Klasseninteressen verfolgen, nur halte ich es für unsere Pflicht, gerade den Charlatanismus derjenigen von beiden zu entlarven, die jeweilig auf dem Regierungsfarren sitzen und uns ihr volksbeglückendes Mittel applizieren wollen.“

Sieht der Freihandel auf dem Regierungsfarren, wird gegen den Freihandel losgelegt, sitzt der Schutz Zoll auf dem Regierungsfarren, gegen den Schutz Zoll. Die Hauptsache ist, daß ordentlich losgelegt wird. Was man im Augenblick will, braucht man ja nicht zu sagen, man erstrebt eben die große Zukunftsweltwirtschaft. Aber noch charakteristischer ist es, daß durch die Artikel fortwährend schutzöllnerische Anwendungen gehen. Da heißt es:

„Wer würden denn in einem sozialistischen Gemeinwesen die Hauptkäufer sein? In erster Linie der Staat für die hunderterteil Verwaltungen und humane Zwecke, die zu seiner Aufgabe gehören. Dann die Produktivgenossenschaften, Gewerkschaften, Vereine aller Art. Nun, sie brauchen ja bloß ihre Bedürfnisse vorzugsweise den inländischen Produzenten, das heißt, sich selbst gegenseitig abzukaufen! Wenn das auswärtige Kapital auf seine Waaren keine Bestellungen erhält, so wird es sich nicht damit amüsieren, sie uns zuzuschicken, und wir brauchen keine Leute anzustellen, die ihnen an der Grenze den Weg verstopfen. Man schämt sich eigentlich, eine so einfache Sache erst erörtern zu müssen, aber seitdem die Flamme unserer Presse in Deutschland ausgeblüht ist, denken unsere Gegner, im Dunkeln ist gut munkeln, und möchten gerne Spaltungen in der Partei hervorrufen, deshalb war es nötig, daß wir über diese wichtige Frage Allen, die sich im Zweifel befanden, ein kleines Licht aufsteckten.“

Auf Seite 50 heißt es weiter:

„Ich könnte mir denken, daß ein Volk unter abnormen Zuständen, z. B. um eine freie und kollektive Nationalindustrie zu organisieren, für eine begrenzte, provisorische Zeitdauer und für bestimmte Industriezweige die Konkurrenz der ausländischen auf kapitalistische Ausbeutung beruhende Produktion durch Zölle balanzirte. Derartige Maßregeln würden indes auch erst gerechtfertigt sein, wenn alle Versuche, den nöthigen Schutz im Vertragswege zu erlangen, gescheitert oder von vornherein aussichtslos waren.“

Also, wenn wir einmal den sozialen Staat haben, dann müssen wir auch einen Schutz haben, aber dann brauchen wir keinen Zollschlüssel an der Grenze, denn die Produktivgenossenschaft bestellt dann einfach nichts! Nun, der kapitalistische Staat braucht allerdings Zollschlüssel, aber in der Sache ist das ganz dasselbe. Die anderen Mittel werden nur durch die andersartigen Umstände bestimmt.

Ich verlasse jetzt die „Laternen“. Aber charakteristisch ist es, gleich hinterher, nachdem diese Frage angeblich für die Partei beseitigt war, stark der Genosse Meinders-Breslau und an seiner Stelle wurde Hasenclever aufgestellt. Er hat sich durch die „Laternen“ garnicht einschüchtern lassen, sondern in seinem Brief an die Wähler hat er sich unter Umständen für Schutz Zölle ausgesprochen. Er sagt in demselben: „Schutz Zölle für wirklich bedrängte Industrien können unter Umständen für unser Land, auch für die Arbeiter günstig wirken, doch dürfen diese Zölle der Natur der Sache nach nur vorübergehend sein. Ich könnte also zum Beispiel wohl, wie es die Mehrzahl der sozialdemokratischen Abgeordneten gethan hat, für einen mäßigen Zoll auf Eisen stimmen, doch müßte ich mich, wie gesagt, von der Nothlage dieser Industrie überzeugen haben. Für einen hohen Zollfuß aber würde ich bei einem Industriezweige, der nothleidend ist, nur dann mich erklären können, wenn eine recht kurze Dauer der Zollerhebung im Gegengewicht vorhergesehen wäre, damit niemals aus dem reinen Schutz Zoll ein wirksames

Finanz Zoll entstehen könnte. Ein reiner Schutz Zoll ist übrigens dem Herrn v. Bismarck auch ziemlich gleichgültig, da ein solcher nicht besonders geeignet ist, die Lücke in der Reichskasse zu stopfen. Wenn die Frage, ob Schutz Zoll oder Freihandel? auch durchaus keine Prinzipienfrage für die Sozialdemokratie ist, sondern lediglich eine Machtfrage zwischen Großindustriellen und Großhändlern, so halte ich doch dafür, daß bei weiter entwickelten Kulturländern der freie Austausch der Waaren selbstverständlich sein wird und das Zusammenbrechen der letzten Zollschranke nur eine Frage der Zeit ist. Solange aber die jetzt dominierenden Reiche auf so verschiedenartiger und theilweise noch tiefer Kulturstufe sich befinden, werden einige Zollschranken als sogenannte Nothwehr vorhanden bleiben.“ Hasenclever wahrte sich also immer das Recht, sich die Dinge erst anzusehen, und legte sich nicht von vornherein fest.

Der Kongress von Witten hat es abgelehnt, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Es heißt da in einer beantragten Resolution: „Betreffs der Frage Schutz Zoll oder Freihandel schließen wir uns völlig der Resolution an, welche fernerzeit vom Venter Weltkongress mit Einstimmigkeit angenommen wurde, daß namentlich diese Frage eine interne Angelegenheit der Bourgeoisie sei.“ Man ist damals darüber zur Tagesordnung übergegangen.

In dem Protokoll von St. Gallen finde ich ein Referat von Auer, in dem auch er sich ganz richtig immer das Recht wahrte, die Dinge je nach den konkreten Umständen zu beurtheilen: „So hinfällig, durch die Thatfachen ad absurdum geführt, auch die Behauptung sei, daß durch Schutz Zölle die soziale Frage in ihren Schärpen gemildert oder ihrer Lösung näher gebracht werden könne, so sei doch andererseits nicht zu leugnen, daß Schutz Zölle als Kampfmittel gegen Staaten, welche jeder Arbeiterchutz-Verheißung gegenüber sich ablehnend verhalten und so durch rücksichtslose Ausbeutung der Arbeiterarbeit eine unerträgliche Schmutzkonkurrenz bereiten, durchaus am Platze sein könnten.“ Auer hat sogar, weitergehend, noch hinzugefügt: „Wenn eine internationale Regelung über die Fragen des Arbeiterchutzes stattfinden sollte, sei sogar eine vollständige Abschließung gegen ablehnende Staaten gestattet.“ Auch in der Gegenwart sind schutzöllnerische Meinungen unter Parteigenossen ganz unleugbar. Wenn man von den Kulis spricht, von den Arbeitskräften, die man nicht ins Land hineinlassen will, ja, ist es denn im Prinzip etwas anderes als Schutz Zoll? Wenn man in England seitens des Cobdenklubs sagt, der Freihandel müsse sich auch auf die Arbeitskraft erstrecken, der Ausschluß der fremden Arbeiter sei barbarisch; ich gehe eine Meile ein, die Hälfte oder wohl die große Mehrheit unter Ihnen hier würde es sich sehr überlegen, dem so ohne jede Beschränkung „grundfänglich“ zuzustimmen. Ich selber fürchte von dieser Konkurrenz ja nichts, aber die immer so radikal auftreten, die leben ja immer in der Angst vor den Kulis, in Australien. Dort sind Staaten, wo die Arbeiter mächtig sind, im Kapland, in Australien. Dort sind es die Arbeiter, die Gesetze durchgebracht haben, durch die sie sich gegen diese Konkurrenz der Arbeitskraft schützen. Nun, ist das nicht auch eine Art Schutzsystem? Sperrt sich da die Nation nicht auch ab gegen die Arbeitskraft der fremden Nation? Und wenn wir uns gegen die Arbeitskräfte sperren, dann wird es vielleicht auch einmal nötig sein, auch die Waaren nicht hineinzu lassen; denn die Aussperrung der Kulis würde uns nichts nützen, wenn die Kulis-Waaren weiter beliebig frei herein zu uns kämen. Wie gesagt, ich sehe die Dinge nicht so gefährlich an, ich theile nicht die Wespenstichangst Anderer, doch das sind Fragen, die man diskutieren, auf die man sich aber nicht festlegen soll.

Nun Parteigenossen! Ich komme jetzt zum Schluß und Sie kommen zum Offen. (Weiterkeit.) Ich hoffe Ihnen gezeigt zu haben, daß die Frage Schutz Zoll oder Freihandel niemals Klassenfrage der Arbeiter werden kann. Je nach dem Standpunkt sind die Arbeiter in den einzelnen Ländern schutzöllnerisch

oder freihändlerisch und sie thun recht daran. Ich glaube Ihnen auch gezeigt zu haben, der Freihandel ist nicht immer der Friedenengel, sondern sehr oft auch das Mittel für die Vergewaltigung schwächerer Völker, die in ihrer Entwicklung zurückblieben. Zweifellos ist unsere internationale Kultur dadurch gefördert worden, daß überall und überall Industriestaaten entstanden sind. Wenn man von revolutionärem Wirken sprechen will, dann hat es der Schutz-zoll eher gethan wie der Freihandel. An allen Ecken der Welt hat er Industrieanstöße hervorgerufen, die nachher mächtige Industrien geworden sind.

Wenn ich nun zur Resolution komme, so kann ich kurz sein. Ich sage nochmals: hätte ich einen Leitartikel zu schreiben gehabt, würde ich ihn wahrscheinlich so geschrieben haben wie Rautsky seine Resolution; denn das sind Anschauungen, die uns vielfach gemeinsam sind. Aber meine Resolution unterscheidet sich dadurch, daß sie uns nur festlegt gegen die Lebensmittelzölle. Fallen die Landwirtschaftszölle, dann wird die Industrie um so mächtiger; wir sind für die Handelsverträge, wir werden jede Zollerhöhung ablehnen, aber im Uebrigen bitte ich Sie: Legen Sie sich nicht fest und stimmen Sie meiner Resolution zu. (Lebhafter Beifall. Handklopfen.)

Webel zur Geschäftsordnung: Schippel hat ein sehr gutes Referat gehalten, aber auch wenn die Resolution Rautsky nicht vorläge, wäre es klar, daß in der Partei abweichende Meinungen bestehen. Es handelt sich um eine Frage, die im Augenblick nicht spruchreif ist, die aber in der nächsten Zeit im Parlament sehr aktuell werden wird, und wo es notwendig ist, daß der Parteitag, wenn er dazu Stellung nimmt, es erst thut, wenn er von allen Seiten Aufklärung bekommen hat. (Sehr wahr.) Daher schlage ich vor, es zu machen, wie bei früheren Gelegenheiten, und für diejenigen, die wesentlich abweichender Meinung sind, Rautsky als Korreferenten zu bestellen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Frage muß objektiv behandelt werden, hier gilt es nicht, einen schlecht zu machen, hier gilt es, die Wahrheit zu suchen. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorschlag **Webel's** wird angenommen.

Schluß der Sitzung 1 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 7. Oktober. — Vormittags-Sitzung.

9 $\frac{1}{2}$ Uhr. Den Vorsitz führt **Singer**.

Zur Verhandlung steht Punkt 7 der Tages-Ordnung: Die deutsche Zoll- und Handelspolitik. Als Korreferent erhält das Wort

Rautsky: Ich befinde mich als Korreferent in einer etwas eigenthümlichen Situation. Schippel sagte gestern, er hätte gegen die von mir eingebrachte Resolution theoretisch nichts einzuwenden. Ich befinde mich in derselben Lage; auch ich habe theoretisch gegen die Resolution Schippel nichts einzuwenden. Dennoch muß ich Sie bitten, für unsere Resolution zu stimmen und nicht für die Resolution Schippel, und zwar gerade deswegen, weil Jeder für die Resolution Schippel stimmen kann. Ueber die Resolution Schippel sind wir Alle einig, in der Partei bestehen aber große Meinungsverschiedenheiten über die Zoll- und Handelspolitik. Wenn wir die Resolution Schippel annehmen, dann bleibt die Sache genau so, wie sie vorher war, dann war es absolut nicht nötig, die Sache hier zu verhandeln. Es ist aber von großer Wichtigkeit für uns, für unsere Agitation im Lande, daß man weiß, was Partei-Ansicht ist, was Ansicht einzelner Genossen. Ueber kurz oder lang wird eine Agitation für die Schutzpolitik im Lande beginnen und da müssen wir eingreifen, ob wir

wollen oder nicht, wir werden dazu gezwungen. Da ist es aber vor Allem nötig, daß wir einig sind, damit keine Konfusion entsteht.

Nun begreife ich ja Schippel ganz gut, wenn er sagt, wir wollen uns nicht festlegen, das wäre voreilig, denn wir wissen nicht, was die Zukunft bringt. Aber Genossen, unsere Resolution legt die Fraktion in keiner Weise fest. Vollständig einig sind wir in unserer Verwerfung der Lebensmittelzölle, und doch hat uns das nicht gehindert, den Handelsverträgen zuzustimmen, die einen Getreidezoll von 3,50 Mk. festlegten. Sie sehen, daß die grundsätzliche Festlegung die Fraktion nicht hindert, sich, wenn sie zwischen zwei Uebeln zu wählen hat, für das Kleinere zu erklären.

Schippel meint weiter, der Parteitag könnte sich nicht festlegen, weil garnicht festließe, daß die deutsche Industrie des Zollschutzes bereits entbehren könne. Nun, Genossen, was heißt das denn eigentlich, daß die deutsche Industrie des Zollschutzes entbehren kann? Nichts anderes, als daß die deutsche Industrie auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig geworden ist. Daß das richtig ist — wir können unsere Resolution nur im Allgemeinen, nicht mit Bezugnahme auf einzelne Industrien fassen — das ist im Allgemeinen richtig ist, das sieht, glaube ich, für uns alle fest. Woan hängt denn die Konkurrenz der Industrie auf dem Weltmarkt ab? Sie hängt ab von der Quantität und Qualität der Arbeit, von den Maschinen, von der Menge des Kapitals und endlich von den Rohmaterialien. In jeder dieser Beziehungen steht die deutsche Industrie auf der Höhe, und sie hat den Vorteil, ein Proletariat zu besitzen, das mit einer Bedürfnislosigkeit, wie sie das Proletariat keines anderen Landes hat, eine Schulbildung verbindet, wie sie dank der Ueberlegenheit unseres Volksschulwesens bis in die siebziger Jahre hinein außerhalb Deutschlands nirgends zu finden ist. Auch die Fachbildung in Deutschland steht auf der Höhe. Deutschland hat tüchtige Ingenieure, die Maschinen sind vorzüglich und es fehlt nicht an Kapital. Wenn die deutsche Industrie früher auf niedrigerer Stufenleiter produzieren mußte, so hat sich dieser Zustand längst geändert. Das deutsche Kapital findet bereits nicht mehr genug Anlagemöglichkeit in der deutschen Industrie, es sucht bereits Anlagekapital im Auslande. Auch an Rohmaterial fehlt es der deutschen Industrie nicht, sie hat Eisen, sie hat Kohlen, und wo sie das Rohmaterial aus dem eigenen Lande nicht zur Verfügung hat, da sorgt der Weltverkehr dafür. Kurz und gut, unsere Industrie, steht durchaus auf der Höhe. Auch die Praxis zeigt überall die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkte; die Engländer erheben ein Wehgeschrei nach dem anderen, und Sie kennen ja die Geschichte des Wortes made in Germany (verfertigt in Deutschland). Die Befürchtungen der Engländer sind ja freilich übertrieben, aber daß die deutsche Industrie der englischen ebenbürtig ist, das steht fest. Sie kann deshalb des Schutzzolles entbehren. Schippel hat freilich gemeint, wenn dem so wäre, müßten die deutschen Industriellen die ersten sein, die diese Forderung erheben. Es ist doch aber stets der Ruf der deutschen Sozialdemokratie gewesen, an der Spitze zu marschieren. Wir haben mit der Forderung der Abrüstung nicht gewartet, bis der Zar an der Rima sie erhob. Wir brauchen mit der Forderung des Freihandels nicht zu warten, bis der Zar an der Saar das Signal dazu giebt.

Aber auch historisch kann man den Beweis dafür führen, daß die deutsche Industrie heute des Zollschutzes entbehren kann. Wir finden bis in die siebziger Jahre hinein in allen Ländern, daß diejenigen Zweige der Produzenten, die exportieren, freihändlerisch sind, während diejenigen, die auf den inneren Markt angewiesen sind, Anhänger des Schutzzolles sind. Der Gegensatz zwischen Freihandel und Schutzzoll spaltete bis in die siebziger Jahre hinein die produzierenden Klassen in zwei Theile, namentlich die Industrie und Landwirtschaft. Die exportirenden Klassen wußten damals ganz gut, daß der Freihandel in eigenen

Landes das beste Mittel ist, um den Freihandel auch in anderen Ländern zu erzeugen, und sie brauchen diesen, um ihre Waaren in den anderen Ländern los zu werden; andererseits haben die exportirenden Klassen kein Interesse am Schutzzoll. Die exportirende Landwirtschaft kein Interesse an Textil- oder Eisenzöllen, denn sie vertheuern ihre Bedürfnisse, und die exportirende Industrie hat kein Interesse an landwirthschaftlichen Schutzzöllen, denn sie erhöhen die Preise ihrer Rohmaterialien, Wolle, Leder, Holz. Auf der anderen Seite führten sie eine Lohnsteigerung herbei durch Vertheuerung der Lebensmittel, oder wo die Arbeiter nicht in der Lage sind, die Vertheuerung der Lebensmittel durch Lohnsteigerungen wett zu machen, führen diese Schutzzölle zu einer Verschlechterung der Lebenshaltung und damit zu einer Herabsetzung der Leistungsfähigkeit, auf jeden Fall also zu einer Steigerung der Produktionskosten. Das sehen wir in Deutschland und in England. Die exportirenden Agrarier waren bis in die Mitte der siebziger Jahre Freihändler, und das verdient festgehalten zu werden. Damals, als unsere Industrie noch des Zollschutzes bedurfte, haben sie alles aufgeboten, ihn ihr vorzuenthalten. Die deutsche Industrie hat sich also ohne Schutzzoll entwickelt, zwar langsamer, als sie es sonst gethan hätte, aber sie hat sich entwickelt und sie ist zu einer Macht angewachsen; gerade zu der Zeit, wo sie exportfähig geworden war, da wo sie den Kampf auf dem Weltmarkt mit jeder Industrie aufnehmen konnte, gerade da sehen wir, daß Deutschland aus einem Freihandelsstaat ein Schutzzollstaat geworden ist. Es ist eine eigenthümliche Erscheinung, die nicht dadurch erklärt werden kann, daß man sagt, der Schutzzoll ist dazu bestimmt, zurückgebliebene Industrien zu heben. Heute hat der Schutzzoll in den industriell vorgeschrittenen Staaten eine ganz andere Aufgabe. Ueber sie uns klar zu werden, ist von äußerster Wichtigkeit (sehr richtig!) und gerade das habe ich in dem sehr merkwürdigen historischen Exkurs vermisst, den Schippel gab. Was uns erzählt hat, war sehr interessant, aber er hätte uns sagen müssen, wie die Dinge jetzt liegen. (Sehr richtig!) Da werden wir finden, daß der Schutzzoll in einem modernen, industriell entwickelten Staat einen ganz anderen Charakter zeigt als ehemals.

Wir müssen unterscheiden zwischen dem modernen großindustriellen Schutzzoll und dem primitiven Schutzzoll. Früher ging die schutzöllnerische Bewegung hauptsächlich aus von der Industrie, heute wird der Anstoß gegeben von der Landwirtschaft. Früher finden wir, daß der Schutzzoll auf der einen Seite aufgewogen wurde durch den Freihandel, auf der anderen Seite finden wir, daß eine Partei freihändlerisch war, die andere schutzöllnerisch. Heute dagegen finden wir das Merkwürdige, daß Industrie und Landwirtschaft gleich schutzöllnerisch sind. Was bedeutet das? Der Schutzzoll in der Industrie belastet die Landwirtschaft, der Schutzzoll in der Landwirtschaft belastet die Industrie; belasten wir gleichzeitig Industrie und Landwirtschaft, so heißt das, was wir mit der einen Hand geben, nehmen wir mit der anderen Hand, kein Theil hat einen Vortheil. Beide gewinnen anscheinend nichts dabei, sondern sie verlieren. Das erscheint eigentlich als Wahnwitz, aber in dem Wahnsinn liegt Methode. Die erste Ursache des methodischen Wahnwitzes ist zu suchen in dem Vordringen des Proletariats. Wenn die deutschen Agrarier Schutzzölle verlangten in dem Moment, wo die deutsche Landwirtschaft aufhörte zu exportiren, wo im Gegentheil ausländische Lebensmittel nach Deutschland hineinkommen, so war das von ihrem Standpunkt aus gerechtfertigt. Warum trat nun aber die Industrie nicht in Gegnerschaft zu den Agrariern? Die entscheidende Ursache dafür sehe ich in dem Vordringen des Proletariats. Die industriellen Kapitalisten konnten mit dem Großgrundbesitz nicht fertig werden ohne Zustimmung des Proletariats. Das Proletariat war aber bereits Ende der siebziger Jahre zu weit entwickelt, als daß die deutsche Bourgeoisie noch gewagt hätte, diesen Ucheron zu bewegen gegen die Junker, sie fürchteten sich

vor dem Proletariat und zogen es vor, einen faulen Frieden mit den Junkern zu machen. Daß ist die erste Ursache, warum wir gleichzeitig auf Schutzzölle für Lebensmittel und Industrieerzeugnisse kommen. Es mußte ein Kompromiß geschlossen werden, aber die Konsequenz dieser Einführung der Lebensmittelzölle mußte weitgemacht werden, die Arbeiter mußten daran verhindert werden, Lohnsteigerungen als Kompensation für die Vertheuerung der Lebenshaltung durchzusetzen. Und so begann denn mit dem System der Lebensmittelzölle gleichzeitig die Verschärfung des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitern. Gleichzeitig mit der Schutzzoll-Era begann die Era des Sozialistengesetzes. (Sehr wahr!) Diesen nothwendigen Zusammenhang darf man nicht verkennen. (Sehr wahr!) Wer das eine nicht bekämpft, wird auch nie die Kraft haben, dem anderen zu Leibe zu rücken. Mit welcher Verachtung damals die Arbeiter dieses System des Schutzes der nationalen Arbeit betrachteten, beweist am besten das Wort, das Auer im Parlament brauchte, wo er dieses System einen Beutzeug nannte auf die Taschen des arbeitenden Volkes (sehr gut!), ein Wort, das traf, denn der Präsident quittirte mit einem Ordnungsruf.

Aber nicht nur Zollschutz und Arbeitertrug sind mit einander vereint, auch Lebensmittelzölle und Industriezölle. Heute bildet der Industriezoll nur das Korrelat vom Kornzoll. Wollten wir heute die Lebensmittelzölle aufheben und die Industriezölle bestehen lassen, so würden wir die Landwirtschaft schwer belasten und unsere Stellung auf dem Lande verschlechtern. (Sehr richtig!) Wer ist der Schwächere in Deutschland: die Industrie oder die Landwirtschaft? Täuschen wir uns nicht, die Landwirtschaft ist in einer sehr bedrängten Lage. (Sehr richtig!) Die Erzählungen der Freihändler von den Champagner trinkenden Landwirthen haben denselben Werth, wie von Champagner trinkenden Maurern. (Sehr richtig!) Es besteht eine Noth der Landwirtschaft, die tiefe, innere Ursachen hat, und die in der heutigen Gesellschaft nicht gehoben werden kann. Darüber sollten wir die Landwirthe nicht in Zweifel lassen. Aber es kann nicht unsere Aufgabe sein, die Noth willkürlich zu steigern. Das würden wir thun, wenn wir die Industriezölle ließen. (Sehr richtig.) Es wäre ungeheuerlich, daß der Landwirtschaft der Zollschutz genommen und der deutschen Industrie, die mit der englischen konkurriren kann, der Zollschutz gewährt werden sollte. (Sehr richtig.) Wenn wir heute noch nicht so weit sein sollen, zu wissen, ob die deutsche Industrie des Zollschutzes entbehren kann, so weiß ich nicht, woher wir wissen, daß die deutsche Landwirtschaft des Zollschutzes nicht bedarf. Wenn wir der Landwirtschaft den Zollschutz verweigern, dürfen wir ihn der Industrie nicht gewähren. (Sehr richtig.) Die Entwidlung vom Freihandel zum Schutzzoll ist nicht willkürlich.

Darauf hat Schippel mit recht aufmerksam gemacht. Wenn aber dabei auf Bismarck hingewiesen wird, braucht er sich nicht zu entrüsten. Wer war es denn, der Bismarck das Verdienst zugeschrieben, das System des Schutzes der nationalen Arbeit geschaffen zu haben? Nicht seine Gegner, sondern seine Anhänger, seine Lobhudler; also ihnen wollen wir unsere Entrüstung zuwenden.

Es giebt aber noch eine andere Ursache, die möglicherweise noch wichtiger ist für die Einfuhr des Schutzzoll-Systems als die Furcht vor dem Proletariat. In den siebziger Jahren bereitete sich ein vollständiger Umschwung in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung vor, das System der freien Konkurrenz wurde über Bord geworfen, man begann dem System des privaten Monopols zuzustreben. Das bedeutet aber nichts als die Kartellirung der privaten Industrien, und die vollzieht sich am besten auf dem Boden des Schutzzoll-Systems. Wie der Schutzzoll früher ein Mittel war, die Konkurrenz in der Industrie zu entwickeln, ist er heute ein Mittel, das Monopol, die Kartellirung zu entwickeln. Das klassische Land der Schutzzölle und der Kartelle, Amerika, zeigt uns das am deutlichsten. Das Land des Freihandels, England, zeigt uns

das Gegentheil. Hier gelingt es nicht, Kartelle zu schaffen, nicht einmal in der großen mächtigen Kohlenindustrie. Es ist aber nicht gleichgiltig für das Proletariat, ob es einer kartellirten Industrie gegenübersteht oder nicht. Wir kommen wahrscheinlich auch unter dem Freihandel zu Kartellen, wenigstens für die bedeutendsten Industrien, aber das Tempo ist ein anderes. (Sehr wahr!) Und es ist nicht gleichgiltig für das Proletariat, wann es mit einer großen kartellirten Unternehmerklasse zu thun bekommt, ob die Unternehmer ihren Zusammenschluß vollzogen haben, ehe das Proletariat in gewerkschaftlicher und politischer Organisation zu voller Macht gelangt ist. (Sehr richtig!) Wenn einmal die Gewerkschaften voll entwickelt sind, wenn sie eingeleitet und ein fester Bestandtheil im Volksbewußtsein geworden sind, dann wird es selbst einem kartellirten Unternehmertum schwer sein, sie zu erschmettern. Wo sie sich aber erst mühsam entwickeln, wird es für die Arbeiter ungemein schwer, gegen die vereinigten Unternehmer aufzukommen. Der Kampf muß ein ganz anderer sein, wenn uns eine kartellirte Industrie gegenübersteht, als wenn wir es mit zerstreuten Unternehmern zu thun haben. Aber auch für die Art der industriellen Entwicklung ist die Frage, ob die konsumierende Industrie es mit einem Kartell zu thun hat oder nicht, von ausschlaggebender Bedeutung. Das erste, was ein Kartell versucht, ist, die Preise in die Höhe zu treiben, und dadurch verlieren die Arbeiter als Konsumenten. Es ist allerdings nicht nöthig, daß ein Kartell die Preise in die Höhe treibt, sie können auch vorübergehend heruntergehen, aber im Allgemeinen werden sie in die Höhe getrieben. Der nächste Weg dazu ist der, daß man die Produktion verringert, das Kartell sucht das Angebot zu verringern. Dadurch schädigt es die Arbeiter als Produzenten. Allerdings ist das nicht notwendigerweise der Fall, denn auf der anderen Seite kann das Kartell auch als Antriebsmittel zu einer Vermehrung der Produktion wirken, denn es wirkt als Exportprämie. Indem es seinen Mitgliedern erlaubt, den inländischen Konsumenten höhere Preise zu berechnen, giebt es ihm die Möglichkeit, im Auslande mit um so niedrigeren Preisen in Konkurrenz zu treten. Die deutschen Konsumenten müssen also zum Beispiel einen Theil des Preises deutscher Produkte, die im Auslande konsumirt werden, zahlen. In Deutschland ist das noch nicht so stark zu Tage getreten, wie in anderen Ländern. Die französische Industrie geht zurück unter dem Schutzzoll, ebenso die österreichische in Folge des Eisenzolles, der eine Kartellirung der Eisenindustrie und damit eine enorme Erhöhung der Eisenpreise ermöglicht. Wir sehen also, daß die Industrie selbst kein Interesse an dem Schutzzoll hat. Wie aber der Schutzzoll mit dem Kartell auf die Arbeitsverhältnisse wirkt, zeigt das Land des Schutzzolls und der Kartelle, Amerika, am besten; Amerika ist das Land, wo die Arbeiterkoalitionen den schwersten Stand haben, wo sie am leichtesten zerstört werden. Amerika ist auch das gelobte Land jener Praktik, Arbeitswillige an der Arbeit zu hindern, jener Praktik, die meines Erachtens dem Meuchelmorde moralisch gleichkommt, die auch ich mit dem Zuchthaus belegt wissen möchte (sehr gut!), des Systems der schwarzen Listen. (Lebhafter Beifall.) Unter diesem System haben die amerikanischen Arbeiter, trotz weitestlicher Koalitionsrechte und größter politischer Freiheit, sich stiefeln gezwungen gesehen, sich geheim zu organisiren. Wir in Deutschland haben weder die politische, noch die Koalitionsfreiheit Amerikas, und wir sollen dafür sorgen, daß die deutschen Unternehmer durch den Zollschutz zusammengeschweigt werden! Genossen, das wäre Selbstmord! (Sehr richtig!) Ich habe unlängst im „Daily Chronicle“ den Bericht eines amerikanischen Fachmannes gelesen, der sich über die Arbeiterverhältnisse in der amerikanischen und in der englischen Eisenindustrie äußerte. Daraus geht hervor, daß, trotzdem die Lebenshaltung der Arbeiter im Allgemeinen in Amerika höher ist als in England und trotzdem die amerikanische Eisenindustrie unter dem Schutz des Zollzoll emporgeblüht ist, doch

die Arbeiter in der amerikanischen Eisenindustrie viel tiefer stehen in Bezug auf Höhe des Lohnes, Arbeitszeit und Sicherheit der Arbeit als im freihändlerischen England. Ermeffen wir das alles, dann haben wir durchaus keine Ursache, uns für den Schutzzoll zu begeistern und zu sagen, wir wollen uns nicht festlegen, wir wissen noch nicht, ob die deutsche Industrie heute schon so weit ist, daß sie des Schutzzolles entbehren kann.

Auf die politische Seite des Schutzzolles brauche ich nicht einzugehen, denn wir wissen ja, welche Rolle die indirekten Steuern spielen. Wir wollen nicht, daß das arbeitende Volk nicht weiß, wie viel es zu zahlen hat, wir wollen, daß der Arbeiter weiß, wie viel er dem Staate zahlt. Wir wollen nicht, daß den Konsumenten ohne Unterschied die Hauptlast der Steuern auferlegt wird, sondern wir wollen eine gerechte Vertheilung der Lasten. Und deshalb sind wir gegen indirekte Steuern. Endlich wollen wir auch, daß die Volksvertretung die Macht hat, der Regierung nur die Mittel zu bewilligen, die das Land bedarf, und wir wissen, daß die indirekten Steuern die Regierung von der Volksvertretung unabhängig machen. Es ist in den letzten 20 Jahren allmählig eine solche Vermehrung in den indirekten Steuern eingetreten, sie sind zu einer solchen Höhe gelangt, daß, wenn diese Summen durch direkte Steuern aufgebracht würden, das ganze Volk gegen die Regierung aufgebracht sein würde.

Alles das muß uns bestimmen, gegen den Schutzzoll auf das Energischste aufzutreten. Da sagt man nun, wenn wir der Industrie jetzt, wo der Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkte so schwer ist, den Zollschutz entziehen, muß das die gesammte Industrie aufs höchste schädigen, eine Krise muß hereinbrechen. Ja, das ist ein sehr ernsthafter Einwand. Darauf könnten wir uns allerdings nicht festlegen, daß wir von heute zu morgen zum Freihandel übergehen. In dem Artikel von Engels, aus dem Schippel verlesen hat — ich wünschte nur, er hätte mehr daraus verlesen — heißt es, daß der Schutzzoll sehr leicht einzuführen, aber sehr schwer wieder abzuschaffen ist. Das ist gerade das Bedenklichste am Schutzzoll. Er schafft eine Menge von Mißständen, aber er schafft auch Interessen, die es erschweren, ihn mit einem Male wieder abzuschaffen. Aber über den Weg, wie wir den Schutzzoll wieder abschaffen wollen, steht kein Wort in der Resolution, da lassen wir der Fraktion vollkommen freie Hand, da legen wir sie garnicht fest, der Weg muß sich nach den Umständen richten. Wenn uns eine Wand in den Weg kommt, dann gehen wir nicht mit dem Kopf durch die Wand, sondern wir gehen um die Wand herum. Aber dürfen wir deshalb, weil uns eine Wand in den Weg kommt, kein Ziel erstreben, das hinter der Wand liegt? (Sehr richtig!) Das Ziel müssen wir feststellen und das geschieht in unserer Resolution. Die Resolution Schippel aber läßt uns über dieses Ziel gänzlich im Unklaren. Die Gefahr, daß der Schutzzoll von heute zu morgen aufgehoben und damit die Industrie schwer geschädigt würde, ist nicht vorhanden. Die industrielle Bourgeoisie hat aufgehört, freihändlerisch zu sein. Ich glaube nicht, daß jemals eine Zeit kommen wird, wo wir wieder vollkommenen Freihandel haben werden. Denn, wie ich schon gesagt habe, in der Krise, die 1873 erfolgte, ist das System der freien Konkurrenz zu Grunde getragen worden. Das System der freien Konkurrenz wird für die Industrie immer unerträglicher. Sie treibt nach dem Monopol; selbst in dem freihändlerischen England sind die Kapitalisten durchaus nicht mehr alle Freihändler, vielfach wird von ihnen der Schutzzoll gefordert; und wenn wir heute dort noch keinen Schutzzoll haben, so ist das kein Verdienst der englischen Kapitalisten, sondern der Arbeiter. Die englischen Arbeiter wollen sich in ihrer Lebenshaltung nicht herabdrücken lassen und dulden keine Lebensmittelpreise, und aus diesem Grunde überhaupt keinen Schutzzoll.

Ich habe den Zusammenhang vorher dargelegt. Mit der freihändlerischen Bourgeoisie ist es dasselbe, wie mit der bürgerlichen Demokratie. Es sind

Wesen ohne Saft und Kraft. (Sehr gut!) Nur das Proletariat ist heute im Stande, dem Freihandel zum Durchbruch zu verhelfen. Wenn aber das Proletariat zum Siege gelangt, dann wird es wohl gesellschaftliche Einrichtungen treffen, in denen die Frage: Freihandel oder Schutzzoll nicht mehr existiert, jedenfalls nicht mehr in der Form existiert, wie heute. (Sehr richtig.) Da aber der Freihandel nur durch ein siegreiches Proletariat durchzuführen ist, er dann aber wohl nicht mehr in Frage kommen wird, so ist es sehr leicht möglich, daß die Tage des vollkommenen Freihandels für immer gezählt sind. Aber deswegen ist die Frage, um die es sich hier handelt, doch keine Doktorfrage, ist es hier keine rein akademische Diskussion, wenn wir uns hier für den Freihandel und gegen den Schutzzoll aussprechen.

Nehmen wir eine andere Frage; wir fordern die progressive Einkommensteuer; diese Forderung wird vor dem Siege des Proletariats auch nie verwirklicht werden. (Sehr gut!) Ist aber das Proletariat zum Siege gelangt, dann geht mit Naturnothwendigkeit aus dem Gange der Dinge hervor, daß wir dann gesellschaftliche Zustände haben, in denen die Bedürfnisse des Gemeinwessens in anderer Weise gedeckt werden als durch die Aufbringung von Steuern. Deswegen müssen wir doch diese Forderung erheben, weil wir sie für eine sehr praktische und etne durchaus im Interesse des Volkes liegende halten. Denn dieses Ziel giebt die Richtung an, in der wir kämpfen. Ohne Ziel können wir nicht kämpfen. (Beifall.) Und wer auf das Ziel verzichtet, verzichtet damit auf den Kampf. Ohne Ziele sind wir nichts als eine Studienkommission, die sehr schätzbare Resultate erzielen kann, aber nichts Praktisches erreicht. (Beifall.) Wir brauchen ein Ziel im Großen, wir brauchen ein Ziel auch im Kleinen. Und darum, Genossen, müssen wir uns ein Ziel setzen auch in der Frage des Freihandels und des Schutzzolles, und wenn wir uns dies Ziel nicht setzen, werden uns die Verhältnisse dazu drängen. Denn die Frage des Schutzzolles ist eine, die heute alle Klassen bewegt, die immer größere Konflikte hervorruft zwischen einzelnen Klassen der Bevölkerung. In dieser Frage können wir nicht zusehen und sagen, wir wollen noch weitere Erhebungen abwarten und bis dahin die Hände in die Taschen stecken. (Sehr richtig.) Das Proletariat ist heute so stark, sein Einfluß so mächtig, daß es zu jeder großen Frage, die das Volk bewegt, Stellung nehmen und eintreten muß in den Kampf, sonst geht es zurück, sonst verliert es seine Führung im Kampfe und seinen Einfluß auf die Volksmassen. Und weil wir das wissen, weil wir vorwärts bringen müssen und nicht zurückbleiben dürfen, darum bitte ich Sie, nehmen Sie unsere Resolution an. Sie ist klar und entschieden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Gottschalk-Königsberg beantragt, in der Resolution 103 den Punkt 8 zu streichen.

Singer: Ich kann dies geschäftsordnungsmäßig nicht als einen Antrag betrachten, werde aber dem Wunsche insofern gerecht werden, als ich über die einzelnen Punkte der Resolution 103 nachher getrennt abstimmen lasse.

Seibert-Stettin: Die Frage des Zollsystems ist eine derjenigen, in welcher die bisher üblichen parteigebissenen Vorstellungen irgend einer Revision bedürfen. Ich bin im Interesse der Arbeiter gegen jeden Schutzzoll. Das Volk ist die Anne, welche der großgepöppelten Industrie die Nahrung geben muß. Die Behauptung, daß das Ausland die Zölle bezahlt, ist bei den Getreidezöllen schlagend widerlegt worden. Unsere Getreidepreise sind mit geringen Schwankungen Weltmarktpreis plus Zoll. Sind wir für Industriezölle, müssen wir auch für landwirtschaftliche Zölle sein. Denn was der Industrie recht ist, ist der Landwirtschaft billig. Aber da heißt der Spruch von unserem Magen: Ja, Bauer, das sind lauter Fagen. Der agrarische Hund beißt die industrielle Kuh! Wie sollen wir denn Landagitation betreiben,

wenn wir sagen sollen, wir sind zwar für Industriezölle, aber auch armen Leuten von Bauern wollen wir nichts geben. Im Interesse der Landagitation müssen wir gegen Industriezölle sein. Was für Jubel herrschte vor 20 Jahren in den Kreisen der Industriearbeiter, als die Zollschuß-Aera eingeleitet wurde. Aber die Lage der Arbeiter hat sich nicht verbessert. Der Hinweis auf Agrarfragen ist garnicht am Platze. Dort haben die Arbeiter volle Koalitionsfreiheit und können sich einen höheren Vortheil am Gemein erkaufen. Bei uns wird Zuchthaus für Jeden angedroht, der zum Streik anreißt. Genosse Schippel meinte, er wäre für Schutzzoll aus internationaler Solidarität mit den Arbeitern in unentwickelten Ländern: Danach wäre die Redensart „Schutz der nationalen Arbeit“ gleichbedeutend mit Schutz des internationalen Kapitals! Bracke hat vor zwanzig Jahren Hypothesen aufgestellt, unter welchen wir für Schutzzoll seien. Es ist nun interessant, festzustellen, daß die Fraktion niemals in die Lage gekommen ist, für Schutzzoll stimmen zu müssen. Auf den verstorbenen Genossen Max Kanfer kann sich Schippel doch nicht berufen. Kanfer war doch auch für Selbstnahrung, während wir doch einmüthig für die Goldwährung eintreten. Es ist richtig, daß die Landwirtschaft früher für Freihandel war. Das war in jener Zeit, als noch Getreide exportirt wurde. Die Stellungnahme wurde sofort eine andere, als der Export aufhörte und ein starker Import erfolgte. Wer ist denn heute für Schutzzoll? Die Ranig, Mirbach, Stumm, Kardorf u. s. w.! Die Meinung dieser Namen beweist, daß wir nicht auf jener Seite stehen dürfen. Hand in Hand mit der Schutzzollpartei geht die Reaktion. Durch das Schutzzollsystem ist der Militarismus und Marinismus zu dem geworden, was er heute ist. Mit der Schutzzollfrage hängt die Kullifrage zusammen. Auch ich will keine Kullis zulassen. Es ist aber etwas Anderes, wenn man Kullis importirt oder deren Waaren. Heute schon erhalten wir von Kullis gefertigte Waaren, ohne uns darüber aufzuregen. Warten wir doch erst ab, ob die Kullis so geschickt und so gebildet werden können, um die Waaren so herzustellen wie unsere einheimischen Arbeiter. Uebrigens hieß es vor wenigen Wochen, daß die japanischen Industriearbeiter bereits höhere Löhne verlangen. Ich betrachte den Freihandel als das Ideal der Zukunft, für welches schließlich nur noch die Arbeiter kämpfen. Bei der Convention für den „Norddeutschen Lloyd“ in Bremen hat die manchesterliche Partei des Reichstages, die Freisinnige Vereinigung, bereits vom Protektionismus genascht. Wenn für die Bourgeoisie etwas zu holen ist, wird sie für das protektionistische System sein. Nur eine hohe Säule ist schließlich noch für Freihandel, das ist die Sozialdemokratie. Wir werden deshalb noch nicht zu Preiskämpfern für den Freihandel. Wir werden in der nächsten Zeit genug zu thun haben, Zollerhöhungen abzuwehren, welche Industrie- und Straubarone anstreben. Wir müssen jene Elemente bekämpfen. Deshalb bitte ich Sie, die Raatstj'sche Resolution mit möglichst großer Mehrheit anzunehmen. (Beifall.)

Schwenklauf: Ich glaube, es ist nöthig, darauf hinzuweisen, daß man mit dem Zitiern recht vorichtig sein muß, und daß es überhaupt besser wäre, statt aus dem Zusammenhang gerissene Zitate anzuführen, die für ganz andere ökonomische Verhältnisse zutreffen, auf die Gegenwart hinzuweisen. Für die Schutzzollpolitik in den vierziger Jahren in Deutschland waren ganz andere Motive maßgebend als für die Bismarck'sche Zollpolitik. Damals galt es den Schutzzoll einzuführen als einen sogenannten Erziehungszoll, um die deutsche Industriekonturrenz fähig zu machen für den Weltmarkt, also als eine Vorbereitungsstufe für den Freihandel. Aber wurde etwa im Laufe der Zeit eine Hochschutzzollpolitik eingeführt? Bewahre. Die Industrie hat sich in Deutschland entwickelt ohne Hochschutzzölle. Man weiß ja, daß die Agrarier, so lange sie exportirten, Freunde des Freihandels waren, aber in den siebziger Jahren waren für die Schutzzölle ganz andere Gründe maßgebend. In dieser

Zeit brauchte die deutsche Industrie nicht mehr den Schutzzoll als Erziehungszoll. Bedenken Sie doch, daß nach 1873, nach dem kolossalen Aufschwung der Milliardäre, nach der Gründer- und Schwindlerperiode, ein Panama hereinbrach, das sich wohl messen kann mit dem Panama in Frankreich. Die Schuldigen waren die liberalen kapitalistischen Bourgeois und die Agrarier. Ich brauche nur die Namen Hammacher und Kardorff zu nennen. Es kam der Zusammenbruch und es folgte ein Massenelend des Proletariats, wie es in dieser Schärfe noch nie zu Tage getreten war. Man wollte die Schuld abwälzen und fand plötzlich, daß der Freihandel die Ursache alles Unglücks sei. Mit dieser heuchlerischen Phrase, für die sich auch die akademischen Agenten fanden, z. B. Herr Professor Wagner, mit Hilfe dieser Phrase wollte man das deutsche Volk möglichst weißbluten, die ausländische Konkurrenz ausschließen, um auf dem inländischen Markte höhere Preise diktiert zu können und zu gleicher Zeit die ausländische Konkurrenz im Auslande zu schlagen. Dadurch, daß man die deutschen Produkte zu Schleiuderpreisen dort auf Kosten der Arbeiter auf den Markt wirft, wurde der Kompromiß zwischen Freihandel und Schutzzoll geschlossen, und da war allerdings Bismarck, der ein großes Verdienst um die Einführung der Schutzzoll-Vera hat, der richtige Mann, um diesen Kompromiß durchzuführen, er, der den Junker und den Großindustriellen in einer Person vereint. Aber um das zu ermöglichen — und das ist charakteristisch für das angeblich so Revolutionäre der Schutzzoll-Politik — mußte die einzig wirklich demokratische Volksbewegung, die Sozialdemokratie, durch ein Ausnahmegesetz mundtot gemacht, ihr ein Maulkorb angelegt werden. Das Sozialistengesetz ist nur so zu verstehen! Sozialistengesetz und Schutzzoll-System bedingen sich eins durch das andere. So revolutionär waren diese Schutzzöllner! Zum Dank für die Anebelung der Arbeiterklasse wurde das Hochschutzesystem bewilligt, das im Laufe eines Jahrzehntes zu einer solchen Höhe sich auswuchs, daß es der Industrie selbst unerträglich wurde, so daß die Regierung durch die Reaktion gegen dies Prohibitivsystem gezwungen wurde, es wieder herabzusetzen. Die deutsche Industrie, die groß und stark geworden ist — lange vor den sechziger Jahren — ohne Schutzzoll, die so gefährlich geworden ist, daß man in England mit großer Besorgnis darauf hinweist, die soll mit einem mal so schwach geworden sein, daß sie ohne Schutzzoll nicht auskommt! Im Zusammenhang mit der kapitalistischen Entwicklung hat die deutsche Technik eine geradezu schwindelhafte Höhe erreicht. In den Bergwerken sind die großartigsten Anlagen vorhanden zur Erzielung eines möglichst großen Profites, aber das Kapital verwendet die moderne Technik nicht zum Arbeiterschutz (sehr wahr). Wenn je eine Industrie blühend gewesen ist und stark und dabei so zäh sich gegen jedes Zugeständnis auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes weigert, wie die deutsche, dann haben wir keinen Anlaß, diesem Industriejudalismus neue Machtmittel in die Hand zu drücken. Die Politik dieser einseitigsten Interessenwirtschaft nöthigt uns, den Vertretern der breiten Masse, wahrlich keine Sympathie ab. Wir stehen mit Hilfe der Miquel'schen Sammlung vor der Gefahr einer Hochzollpolitik und im Zusammenhang damit steht das Geschrei nach neuen Ausnahmegesetzen. Wer hat denn sofort nach dem Attentat auf die österreichische Kaiserin an den Kaiser telegraphirt? Die Industriebarone, die Schutzzöllner waren es. Politisch stehen wir zu den schutzzöllnerischen Parteien im schärfsten Gegensatz, sie wollen den Arbeiterschutz, sie wollen die Beseitigung des Koalitionsrechtes, des Wahlrechts, sie schwärmen für Ausnahmegesetze. Schon aus diesen politischen Erwägungen heraus ist unsere Stellung gegeben. Es klingt nicht gerade schön, wenn man heute sagt, was kommt es auf etwas höhere Preise an, wo die Fleischnoth selbst schon die Wähler rabiat macht. (Sehr richtig!) Wenn man der Arbeiterbewegung einen Fallstrich legen will, dann trete man nur für einen starken Schutzzoll

ein. Die Parteien, die im Innern das Koalitionsrecht zerstören, die uns das Wahlrecht nehmen wollen, das sind zugleich die Interessenten der Schutzzollpolitik, die die große Masse bis zum Weißbluten ausnützen, die zu Schleiuderpreisen mit ihren Produkten den Weltmarkt überflutet und darauf ausgehen, die Lebenshaltung des arbeitenden Volkes zu verschlechtern. (Beifall.)

Amer: Ich weiß nicht, ob Schutzzöllner unter uns sind. Ich habe unter den bekannteren Genossen nur zwei kennen gelernt, Fr. Wilh. Frischke, der heute in Amerika lebt, und der leider zu früh verstorbene Kayser. Ich glaube nicht, daß Schutzzöllner unter uns in erheblicher Anzahl vorhanden sind, darum haben die Ausführungen Schoenlant's auf mich den Eindruck gemacht, als ob sie unter Benützung eines bei uns ganz populären Materials die Absicht hatten, angenehme Stimmung zu erwecken. (Weiterkeit und Beifall.) Ich bin ja gestern von Schippel auch zitiert worden. Nun, ich mache heute, wo ich glaube mehr zu wissen als früher, noch viel weniger darauf Anspruch, in diesen Fragen für eine Autorität zu gelten. Ich höre sehr gerne darüber reden, aber nichts liegt mir ferner, als selbst ein entscheidendes Urtheil fällen zu wollen. Aber ich halte mich für einen, bis zu einem gewissen Grade wenigstens, praktischen Menschen und als solcher habe ich die Erfahrung gemacht, daß in der Frage, die uns heute beschäftigt, eine einseitige Stellungnahme von der Partei immer desavouirt wurde. (Sehr richtig.) Wir haben immer uns freie Hand für die gegebenen Verhältnisse gehalten, so haben wir 1876 in Gotha resolvirt, so hat Bracke seinerzeit die Erklärung im Reichstage abgegeben, die Schippel uns gestern vorgelesen hat, und sie war keineswegs das Produkt etwa der Bracke'schen Einfälle gewesen, sondern eines reiflich überlegten Fraktionsbeschlusses. In ganz gleicher Weise habe ich damals gestützt auf Anschauungen die in der Fraktion vorherrschten, meine Ausführungen in St. Gallen gemacht. Aus diesen Erwägungen heraus haben wir bis jetzt immer, wenn diese Frage im Reichstag an uns herankam, unsere Stellung eingenommen. Und ich muß es gestehen, daß ich es auch heute für das Richtigere halte, wenn wir uns nicht einseitig festlegen. Eine Festlegung finde ich aber in der Rautsky'schen Resolution ausgedrückt in Nr. 3. Ich gestehe ganz offen, daß mir die Schippel'sche Resolution auch nicht genügt, sie enthält nichts, wofür wir nicht stimmen könnten, sie macht auf mich aber den Eindruck, als hätte sie in einer Volksversammlung der Schriftführer niedergeschrieben, während der Referent redete. (Weiterkeit.) Wir haben aber eine Entscheidung zu treffen, wie die Partei denkt. Ich würde durchaus für die Rautsky'sche Resolution mich aussprechen und stimmen, wenn die Ziffer 3 wegsfallen würde. Darin wird gesagt, daß die deutsche Industrie weit genug entwickelt ist, um jeden Zollschutzes entzathen zu können. Das mag vielleicht richtig sein; ich bin nicht unterrichtet genug, um das entscheiden zu können, aber ich weiß, daß unsere Parteigenossen in der praktischen Agitation mit derartigen Auftreten positiv recht schlechte Erfahrungen gemacht haben, und sie haben sich auch noch nie in der praktischen Agitation so einseitig festgelegt. (Sehr richtig.) Der Schluß der Rautsky'schen Rede ging ja auch von dieser ganz allgemein gehaltenen Formel wieder ab und erklärte, daß wir je nach den gegebenen Verhältnissen Stellung zu nehmen haben. Was hilft mir aber eine in die Luft gestellte Formel, die mich in der Praxis nachher verläßt? Ganz richtig hat Nebel gestern zu mir gesagt, es handle sich um eine grundsätzliche Stellungnahme, ohne uns für die Praxis zu binden. Na — (Weiterkeit) das ist, glaube ich, nicht die richtige Stellungnahme. Daß wir den freien Verkehr erstreben, daß wir Gegner sind der Schutzzöllner, die in so abschredenden Farben geschildert worden sind, darüber ist ja nicht zu reden. Streichen Sie Punkt 3, so verliert die Rautsky'sche Resolution gar nichts. Wir lassen dem

Gewissen berer, die Freihändler sind, vollständig Gerechtigkeit widerfahren, aber es nützt uns in der Praxis. (Beifall.)

Gottschalk - Königsberg: Der Resolution Rautsky kann ich bis auf Punkt 8 beipflichten. Ich halte es für falsch, daß die Schutzgölle der internationalen Solidarität des Proletariats entgegenwirken. Worauf baut sich denn die internationale Solidarität des Proletariats auf? Auf den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit und den sich daraus ergebenden gemeinsamen Kampfesforderungen, also darauf, daß die Staatsgewalt angewendet wird zur Unterdrückung der Koalitionsbestrebungen des Proletariats, sobald darauf, daß die Arbeiter aller Länder für Schutzbestimmungen für die Arbeiter in Bezug auf Gesundheit und Leben, Arbeitszeit und Arbeitslohn, endlich für die Abschaffung der Lohnarbeit überhaupt eintreten. Eine positive Stellung zum Schutzgoll aber kann die internationale Solidarität nicht erschüttern. Im Gegenteil, sie würde eher erschüttert werden können, wenn man die besonderen Verhältnisse nicht genügend berücksichtigt. Wir würden damit unter Umständen sogar den kapitalistischen Gegnern eine Waffe in die Hand geben, als ob wir die berechtigten nationalen Sonderinteressen fremder Industrien unter dem Vorgeben internationaler Solidarität zu Gunsten der einheimischen Industrie vorgezwängten. Die Resolution Rautsky erklärt ja selbst weiterhin die Schutzgollpolitik nur bei Staatswesen mit entwickelter Großindustrie als unvereinbar mit den Interessen des Proletariats, besagt damit also, daß für Staaten mit rückständiger Industrie jene Politik mit diesen Interessen unvereinbar sei. Wir haben im Gegenteil alle Veranlassung, dafür Sorge zu tragen, daß in den ökonomisch rückständigen Staaten die Industrie sich höher entwickle, und sei es selbst unter der Vermittlung von Schutzgöllen. Denn eine hochentwickelte Industrie ist die Vorbedingung für die Durchbringung des Proletariats mit Klassenbewußtsein und sozialistischem Geiste, also gerade für die Kräftigung der internationalen Solidarität. Die Einwendungen des Genossen Auer theile ich im gewissen Sinne. Die Fassung dieses Punktes ist keine glückliche. Es ist sehr wahrscheinlich, daß einige, wenn auch nicht bedeutende Zweige der deutschen Industrie des Zollschutzes ohne Schädigung nicht entzathen können und ohne denselben vielleicht in ihrer Existenz gefährdet sind. Trotzdem müssen wir auch gegen derartige Schutzgölle sein, da sie zu Repressionsmaßregeln führen würden, welche die proletarischen Interessen schädigten. Prüfstein für unsere Entscheidungen in dieser Frage dürfen nicht allgemeine Schlagworte sein, sondern die Ueberlegung, ob unsere Stellungnahme die Interessen der Arbeiter als Konsumenten und als Produzenten fördere, und zwar sind die proletarischen Produzenten-Interessen nicht die gleichen wie die der industriellen Kapitalisten, sondern beziehen sich nur auf die Lohnquote, auf den Lohnantheil am Produktionsergebnis, der nicht nothwendig von der Zollhöhe abhängig sei.

v. Elm: Ich bin weder Schutzgöllner noch Freihändler, wünsche deshalb nicht, daß der Parteitag sich auf eine Resolution festsetzt, durch die er sich bindet. Man muß die besonderen Verhältnisse der Industrien berücksichtigen. Im Großen und Ganzen läßt sich nur das sagen, daß Amerika ein sehr schlechtes Beispiel gegen den Schutzgoll ist. Denn im Allgemeinen sind die Arbeiterverhältnisse in Amerika besser als in allen anderen Ländern. Die Arbeiter haben dort höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, sie geben mehr für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse aus und können sich doch noch etwas zurücklegen; ja, selbst das Lumpenproletariat ist dort besser gestellt. Bei den allererschlechtesten Arbeitern betrug die Arbeitszeit nur zehn Stunden. Wir dürfen uns schon deshalb nicht festlegen, weil wir nicht wissen, wie sich die Verhältnisse später bei uns gestalten werden. Ich bin überzeugt, wenn bei uns die Einfuhr von Rußland zunimmt, werden sich unsere Arbeiter gegen

so dagegen wehren, wie die amerikanischen sich gegen die Zufuhr der Chinesen gewehrt haben. So lange die Ruß-Einfuhr nur gering ist, hat das keine Bedeutung, es besteht aber die Gefahr, daß uns hierdurch einmal eine große Konkurrenz droht. Wir wissen nicht, was im Schooße der Zukunft ruht und können uns deshalb nicht festlegen, sondern müssen abwarten, bis die Dinge an uns herantreten. Der Begriff der internationalen Solidarität kann doch nicht der sein, daß die Position, die wir erreicht haben, uns durch Ruß-Arbeit wieder genommen wird. (Sehr gut!) Deshalb können wir für Punkt 8 der Rautsky'schen Resolution nicht stimmen. Wegen wir uns weder für Schutzgoll, noch für Freihandel fest. (Beifall.)

Webel: Sollte die Anschauung maßgebend werden, der von Elm am Schluß Ausdruck gegeben hat, so wäre die ganze Debatte nicht nöthig. Ich bin aber der Meinung, wir haben die Debatte veranlaßt, um uns klar über den Weg zu werden, den wir nächstens, wenn die hier erörterte Frage an uns herantritt, einzuschlagen haben. Darum kommen wir nicht herum. Es ist von verschiedenen Seiten, so von Schippel und Auer bemerkt worden, daß sie sich mit der Resolution Rautsky hauptsächlich deshalb nicht einverstanden erklären können, weil der Punkt 3 mit apodiktischer Sicherheit etwas ausspricht, wovon wir nicht überzeugt sein könnten. Ich muß bekennen, daß auch ich gestern, als Rautsky mir die Resolution zu Unterschrift vorlegte, gegen Punkt 3 Bedenken hatte; nachdem nun Rautsky im Eingang seiner heutigen Rede einen Gedanken ausgesprochen hat, der genau das ausdrückt, was ich ihm gegenüber gestern für nöthig erklärte, habe ich mit ihm nochmals Rücksprache genommen, und wir haben uns dahin verständigt, daß wir in Punkt 3 sagen, daß „im Allgemeinen“ die deutsche Industrie weit genug entwickelt ist, um den Zollschutz entbehren zu können. Wir glauben damit einen Weg gefunden zu haben, der die verschiedenen Richtungen zu einem gemeinsamen Beschluß veranlaßt. Mit der Einfügung des Wortes „im Allgemeinen“ ist meiner Ansicht nach Alles geschehen, was geschehen konnte und geschehen muß. Denn auch ich, der ich auf dem Standpunkt der Rautsky'schen Resolution stehe, sage, es können auch im gegenwärtigen Stande der Industrie Deutschlands noch Industriezweige vorhanden sein, denen man selbst als unbedingter Freihändler einen gewissen Schutz angebeihen lassen muß. So schroff sich auch die Standpunkte Schippel und Rautsky gegenüberstehen, so ist doch das eine klar, daß wir Alle der Ueberzeugung sind, die in klassischer Form Engels 1888 in der „Neuen Zeit“ ausgesprochen hat, daß es in der That ein Stadium der wirtschaftlichen Entwicklung für jedes Land giebt, wo ein Schutzgoll nöthig ist. Niemand, weder Rautsky, noch ich, noch sonst wer, wird heute zum Beispiel sagen können, daß, wenn Rußland die ungeheuren Bedürfnisse seiner jetzt schon zahlreichen Bevölkerung in seinen noch gemaltigeren Länderkomplexe durch eine eigene große Industrie selbst befriedigen wollte, es diese entwickeln könne, ohne daß es einen Schutzgoll einführt. Ueber die Höhe kann man im einzelnen Falle streiten; es liegt in der Natur der Dinge, daß die Interessenten, um ihren Proffit nach Möglichkeit zu erhöhen, versuchen werden, den Schutzgoll so hoch wie möglich zu bekommen. Ich glaube also, daß wir mit dem Einschalten der erwähnten Worte eine Verständigung gefunden haben. Man hat mir von einigen Seiten eingewendet, daß dann Thür und Thor geöffnet sein würde für Diejenigen, die auf einem Schutzgöllnerischen Standpunkte stehen. Aber über das Maß des Schutzgolles, der ja nun doch, wie die Dinge in Deutschland stehen, unter allen Umständen bis zu einem gewissen Grade aufrecht erhalten bleiben wird, werden wir uns auch in unserer Fraktion, wenn die Verhandlung der Handelsverträge an uns herantreten wird, zu entscheiden haben. Das hat mit unserem prinzipiellen Standpunkte nichts zu thun. Ich halte es aber für nothwendig, durch die Resolution unseren grundsätzlichen Standpunkt in dieser Frage auszusprechen.

ohne daß wir der Fraktion die Möglichkeit nehmen, nach Maßgabe der Umstände im gegebenen Falle Stellung zu nehmen. Nun hat Auer eine Privat-Ansprechung von mir angeführt. Zuerst entsann ich mich derselben gar nicht und fragte mich, wo hast du das eigentlich gesagt. Hier oder in Degerloch? (Große Heiterkeit.) Auer sagte mir, hier in diesem Saale, und nachher fiel es mir auch ein. Aber ich glaube, er hat dieser meiner Bemerkung doch einen so scharfen Ausdruck gegeben. Ich habe gesagt: Im letzten Saale ist uns vollständig freie Hand gegeben, wie wir bei der Beratung im Reichstag im einzelnen Falle entscheiden wollen und müssen. Die Richtung, in der wir unsere Maßnahmen treffen sollen, ist in den acht Punkten niedergelegt. Ich hoffe, daß, wenn die beantragte Einschränkung vorgenommen wird, Schippel seine Resolution zurückzieht.

Er hat gestern ausgeführt, daß es eine durchaus treize Auffassung sei, daß Bismarck die Schutzollära inauguriert habe. Das ist bis zu einem gewissen Grade wahr. Keine Regierung, nicht einmal die russische, wäre im Stande, ein Zollsystem, wie es 1878 in Deutschland eingeführt wurde, aus eigener Kraft einzuführen, wenn nicht maßgebende Interessen hinter dem Vordringen der Regierung ständen. Und das war 1878 in hohem Grade thatsächlich der Fall. Es ist heute bereits auf verschiedene Ursachen hingewiesen worden, die damals den vollständigen Umschwung herbeigeführt haben: einmal der industrielle Zusammenbruch, der der Industrie die Empfindung brachte, daß jedes Pfund ausländischer Waare, das unter dem damaligen niedrigen Zolle eingeführt wurde, ihr eine schwere Schädigung zufügte; das zweite Moment ist, daß damals eine starke Einfuhr von Lebensmitteln aus Amerika stattfand, daß, während bisher unser Junkerthum in der Lage war, Getreide auszuführen zu können, es jetzt auf einmal selbst in seiner Produktion bedrängt wurde; eine dritte sehr wichtige Thatsache aber ist, daß Bismarck damals erklärte: wir kommen auf die Dauer nicht aus, ohne die Einnahmen des Reiches zu erhöhen. Und das ging nach seiner Meinung nicht anders als durch ein System von Schutzöllen, die auch als Finanzölle wirken. Dieser Gedanke ist im Laufe der nächsten Jahre immer weiter gesponnen worden und die Agitation, die sich alsdann weiterer Kreise der bürgerlichen Klassen bemächtigte, war die Ursache, daß wir 1877 zu der erwähnten Gothaer Resolution kamen. Nun hat Schippel diese Resolution für sehr vernünftig erklärt. Das war sie garnicht! (Heiterkeit.) Genosse Dollmar hat doch am wenigsten Ursache zu sagen, er hätte noch keine Fehler gemacht (Heiterkeit). Wir haben alle Ursache, es einzusehen; es wäre ja traurig, wenn wir nicht klüger würden. Je mehr wir aus der Praxis des Lebens gelernt haben, desto mehr ist auch unsere Einsicht gestiegen und das Resultat dieser Einsicht liegt ja in der Resolution Rautsch vor. Also Bismarck war der Staatsmann, der die vorhandene Strömung ausnützte, und daß er dabei in der That eine hervorragende Rolle spielte, das gibt ja Schippel selbst zu, indem er in der Einleitung seiner Resolution von der nach dem Sturze des Fürsten Bismarck eingeleiteten Handelsvertragspolitik spricht.

Nun könnte ich eine Reihe von Ausführungen noch machen über das, was gesagt ist. Ich will aber, da ich annehme, wir haben den Boden einer Verständigung gefunden, mich dessen enthalten. Nur noch zwei Bemerkungen: Wie richtig es ist, daß unsere Industrie im Allgemeinen heute sehr wohl jedes Schutzölles entbehren kann, beweist die Entsendung einer Studien-Deputation nach Deutschland seitens der englischen Industriellen. Weiter die Thatsache, daß auf dem internationalen Kongreß für Zollgesetzgebung in Antwerpen ein Mitglied des Cobdenclubs erklärte: „Wenn die Dinge so weiter gehen, wenn alle großen Industriestaaten ihr Schutzollsystem aufrecht erhalten oder gar verschärfen würden, dann sei es auch England auf die Dauer unmöglich gemacht, das Freihandels-System aufrecht zu erhalten.“ Es ist eben mit der

wirtschaftlichen Freiheit wie mit den schönen Nebenarten von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Ebenso wenig wie die politischen halten auch die wirtschaftlichen Ideale der Bourgeoisie Stand vor den materiellen Interessen. Das ist für uns sehr lehrreich und wir als Partei müssen nothwendig eine grundsätzliche Stellung nehmen, aber auch unsere Stellung bezüglich der praktischen Bethätigung unserer Stellung im Reichstage in der Resolution zum Ausdruck bringen. Nicht gerne habe ich von Schippel das Zitat aus der „Laternen“ gehört. Diese persönliche Polemik hatte mit seinen, von seinem Standpunkt vortheilhaften Ausführungen nichts zu thun. Ich hoffe, daß, nachdem ich nunmehr ein Amendement gestellt habe, wir auch in dieser Frage in voller Einigkeit auseinander gehen werden. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Niederbarnim: Freihandel hätte nur dann Sinn, wenn alle Länder freihändlerisch wären, das ist aber keineswegs der Fall. So wird die Frage des Schutzölles auch bei uns immer eine Interessenfrage sein. Die englischen Glasarbeiter sind aus praktischen Gründen Freihändler. Die Frage ist für uns noch nicht spruchreif. Aus Gründen der internationalen Solidarität können wir uns den Import von Kuliarbeit nicht gefallen lassen.

David Mainz: Ich glaube nicht, daß das Amendement Bebel zu Punkt 8 geeignet ist, uns mit der Resolution Rautsch zu versöhnen. Die Einschlebung der Wörter „im Allgemeinen“ läßt Unklarheiten zu und bedeutet eine Verwischung. Ich glaube sogar, daß die gesammte deutsche Industrie in die Lage kommen kann, des Schutzölles zu bedürfen und zwar der Kuli-Produktion gegenüber. Der Schutzoll kann nach zwei Richtungen hin wirken. Einmal kann eine werdende Industrie gegen die Konkurrenz von Ländern mit überlegenen Produktionsformen geschützt werden, zweitens kann eine hochstehende Industrie gegen die Konkurrenz von Ländern mit rückständigen Produktionsformen geschützt werden. (Sehr richtig.) Sehen wir nach Amerika. Da trägt der Schutzoll durchaus den letzteren Charakter. Die Amerikaner leiden nicht an rückständiger Produktionsweise, am Mangel an Maschinen und Kapital. Sie wollen sich aber schützen gegen die Konkurrenz der Länder mit niedrigen Arbeitslöhnen. Die Amerikaner sind nicht, weil sie nicht weit genug sind, Schutzgläser, sondern weil sie schon zu weit sind. Auch bei uns kann es zu garnicht so weiter Zukunft so kommen. Die hunderte Millionen Kuli können thatsächlich in Konkurrenz mit den deutschen Arbeitern treten. Schon wird China durch den Eisenbahnbau erschlossen. Wenn das europäische Kapital sich dorthin wendet, vor allem auf Produktionszweige mit geringem konstanten und hohem variablen Kapital, dann muß diese Konkurrenz unsere Industrie in eine Nothlage bringen, dann müssen sie Schutzölle fordern, um sich zu schützen, gegen die Kapitalisten, die nach China gehen und Kulis anwerben. Deshalb war durchaus berechtigt, was die Genossen Gottschall, Elm und mein Vorkredner gegen Absatz 8 der Resolution eingewendet haben. Unsere internationale Solidarität geht nicht soweit, daß wir unsere Fortschritte hemmen lassen durch die Rücksichtigkeit der Verhältnisse in fremden Ländern. (Sehr richtig!) Schwere Bedenken habe ich auch gegen die Punkte 4 und 5. Rautsch hat mit recht darauf hingewiesen, daß wir die Kartellbildung nicht fördern wollen. Aber stellen Sie einmal die Frage so, wenn wir ein Gesetz gegen Kartellirung und Preisbildung vor uns haben, würden Sie einem solchen Gesetze zustimmen? Eine solche Zustimmung stände im Widerspruch mit dem prinzipiellen Theile unseres Programms, der die höhere centralisirte Produktionsform als Erscheinung der kapitalistischen Entwicklung betrachtet. Die Möglichkeit, daß uns eine Konkurrenz mit Kuli-Arbeit bevorsteht, sollte uns vor allem abhalten, uns Preisklagen. Es bedingt auch garnicht so mit der Entscheidung, wie Bebel annimmt. Vor der Entscheidung über die neuen Handelsverträge werden wir noch einige Parteitage haben. Die Diskussion hier ist nicht so eingehend

gewesen, in der Parteipresse hat noch keine allgemeine Diskussion über diese Frage stattgefunden, lassen Sie ruhig erst noch die Theoretiker sich auseinandersetzen. Aus den angegebenen Gründen kann ich mich weder für die Schippel'sche noch für die Rautsky'sche Resolution entscheiden. Für unsere praktische Haltung würde es genügen, wenn wir den letzten Satz der Rautsky'schen Resolution annehmen.

Heine-Verlin: Für mich ist die Rautsky'sche Resolution 108 nicht nur in Nr. 3 unannehmbar, aus den von Auer entwickelten Gründen, und auch nicht nur in Nr. 8 wegen der etwas phrasenhaften Allgemeinheit der Fassung, worüber ich v. Ein beistimme, sondern ich habe auch Bedenken gegen Nr. 2. (Weiterkeit.) Dort wird gesagt, daß bei den heutigen Machtverhältnissen zwischen den herrschenden kapitalistischen Interessen im Deutschen Reich die Industriezölle notwendigerweise mit Lebensmittelzöllen zusammenfallen. Was soll damit gesagt sein? Doch wohl nur, daß gewisse Kreise von industriellen Schutzöllnern bereit sind, den Agrariern als Gegenleistung Lebensmittelzölle zu verschaffen? Das ist eine Thatsache, aber was geht uns das an? Das bindet uns doch nicht, falls wir irgend einem Industriezweig einen Schutz Zoll belassen wollen, nun auch unsererseits für Lebensmittelzölle einzutreten? Meint man etwa, das Eintreten für irgend welche industriellen Schutzölle bringe uns beim Volke in den Verdacht, auch Getreidezölle bewilligen zu wollen, so haben wir es in der Hand, durch die That zu zeigen, daß für uns Industriezölle nicht mit Lebensmittelzöllen zusammenfallen. Ich halte deshalb den ganzen Punkt 2 für unnötig. Im Uebrigen kann ich dem Schlusse, zu dem die Rautsky'sche Resolution kommt, auch beistimmen, aber ich würde es auch für das Beste halten, gar keine Resolution zu fassen. Die Debatte hat die größte denkbare Einigkeit ergeben, sie hat viel zur Klärung beigetragen. Alle sind wir einig, daß die Zollkriege vermieden werden sollen, daß wir keine Lebensmittelzölle wollen, von allen Seiten ist die Möglichkeit zugegeben worden, daß wir die Schutzölle einmal brauchen können, um unser Proletariat vor einer Unterbietung durch unredliche Konkurrenz zu schützen, und daß wir unseren Export auch vor der Aussperrung durch die Zölle anderer Länder schützen müssen. Ueber die Begründung aber gehen die Meinungen auseinander. Wozu also die Resolutionen, die durch ihre Weitschweifigkeit eine Uneinigkeit erscheinen lassen, wo im Ganzen Einigkeit herrscht. Ich bin überhaupt kein Freund dieser handwurmartigen Resolutionen, von denen wir auf diesem Parteitage schon drei oder vier zur Welt gebracht haben. (Weiterkeit.) Und den Vorlagen nach noch drei oder vier gehören sollen. Wozu das? Wir reden über die Sache, um unsere Ansichten und die der Genossen im Lande zu klären. Das ist erreicht, zu beschließen brauchen wir da nichts. Beschlüsse faßt man vor der That, nicht früher. (Beifall.)

Wollmar: Ich stehe auf demselben Standpunkte wie Auer und werde gerade so wie er auf die theoretischen Auseinandersetzungen nicht eingehen. Ich hätte eigentlich gewünscht, daß wir zu den zwei Referenten noch einen dritten bekommen hätten. (Weiterkeit.) Denn der eine hat sich mit der Vergangenheit, der andere mit der Zukunft beschäftigt, aber für die Gegenwart ist recht wenig Fruchtbares herausgekommen. Das beste an Rautsky — ich meine nicht etwa, daß nicht alles gut war — aber das, was mir am liebsten war, das war, daß er einem Mißverständnis ein Ende gemacht hat, daß eine Aeußerung von Schippel hervorzuheben geeignet war, nämlich die Meinung, als ob zwar bei den Industriezöllen die Arbeiter sich keineswegs als keine Konsumenten betrachten dürften, sondern auch als Produzenten, daß dagegen die Sache mit Bezug auf die Landwirtschaft ganz anderes sei. Das könnte so aufgefaßt werden, als ob uns die Landwirtschaft absolut gleichgiltig sei, ja als ob die Arbeiter noch eigens aufgefordert werden sollten, sich gegenüber der

Landwirtschaft ausschließlich egoistisch als Konsumenten zu fühlen. Und als ob es ein Zeichen des Fortschrittes wäre, wenn die Landwirtschaft möglichst schnell völlig verschwände. Nach meiner Ansicht ist die Situation etwas verschoben worden. Wie ist denn eigentlich die ganze Debatte entstanden? Schippel hat im vorigen Jahre in einem Referat erklärt, daß die Internationalität für ihn nicht so weit gehen könne, daß er als Sozialdemokrat beim Abschluß von Handelsverträgen sich auf den Standpunkt des absoluten Freihandels stellen könnte gegenüber von Ländern, die rücksichtslos Schutzölle gegen uns haben. Ich stehe ganz auf demselben Standpunkte. So weit kann die Sache nicht gehen, daß wir lediglich aus Prinzipienreiterei, ohne uns irgendwie um die näheren Verhältnisse des deutschen Volkes zu kümmern, einfach ein für allemal erklären: Mögen Rußland und Amerika thun, was sie wollen, mögen sie Prohibitivzölle schaffen, wir sind einmal Freihändler und damit gut. So ist das nicht. Nun ist gesagt worden, wir wollen uns prinzipiell festlegen. Ich bin kein großer Freund von diesen Festlegereien; wir sind doch auch Politiker, und ein Politiker sollte sich ohne Noth nicht festlegen, weil er die Verhältnisse nicht alle voraussagen kann. Deshalb ist es besser, einfach abzuwarten, um zu sehen, was in Zukunft geschieht, und danach Stellung zu nehmen. Nichts hat uns zu einer derartigen Stellungnahme gezwungen, und ich glaube, es ist doch eigentlich mehr ein Bedürfnis der sehr verehrten Herren Akademiker, das auch hier wieder mit spricht. Der alte Börne hat einmal gesagt, wenn der Deutsche einen Fledern im Rock hat, dann studirt er erst Chemie, bevor er ihn herauspukt. (Weiterkeit.) Alles in der Welt muß in Deutschland im Allgemeinen und in der deutschen Sozialdemokratie im Besonderen wissenschaftlich geprüft werden. Alles muß zur Weltanschauung werden. Natürlich, Parteigenossen, da die Verhältnisse uns nicht den Gefallen thun werden, allemal den von uns gegebenen Gesetzen zu folgen, so sind wir schließlich genöthigt, hinterher, bei einer anderen Gelegenheit, eine andere wissenschaftliche Vertiefung zu machen. (Weiterkeit.) Bebel hat zuerst gemeint, mit der Gothaer Resolution sei er so wenig einverstanden, daß er sie heute für unvernünftig hält. Ich habe darauf ganz privatim gelächelt, er hat es gesehen oder gehört. (Weiterkeit.) Und da hat er mir zugerufen, ich werde doch auch nicht Alles, was ich gelesen habe, heute für richtig halten. Gewiß, aber im Resolutionsfabrikanten bin ich nie ein großer Sünder gewesen. (Große Weiterkeit.) Diese Resolutionen und diese Vertiefungen haben nämlich den großen Nachtheil, daß man allemal die Vernünftigkeit erst hinfennach einsieht. (Weiterkeit.) Was uns aber natürlich niemals hindert, sofort eine neue an die Stelle zu setzen, die dann als der Weisheit letzter Schluß gilt, wenn sie auch nur auf ein paar Jahre zutrifft. (Weiterkeit.) Ohne Noth sollen wir nichts beschließen. Es ist schon darauf hingewiesen, daß Punkt 8 der Rautsky'schen Resolution nicht so bleiben kann und er ist ja auch modifizirt worden. Auch Punkt 8 ist nach der Ansicht verschiedener Redner nicht haltbar. Nach den eigenen Auseinandersetzungen Rautsky's und Anderer ist darüber gar kein Zweifel, daß wir es nicht so hinstellen können, daß die Schutzölle der internationalen Solidarität des Proletariats entgegenwirken. Zuletzt sind dann noch einige andere Punkte beantragt worden. Ich will nun gar keinen besonderen Vorschlag machen, aber ich muß gestehen, daß ich die Streichung jedes dieser Punkte für einen Gewinn halten würde, schon wegen der Kürze, weil dann das doch vielleicht ein wenig mehr gelesen wird als sonst. (Weiterkeit.) Am allerliebsten wäre es mir allerdings, wenn die Resolution gar nicht eingereicht wäre. Vielleicht werden einige sagen: Ja, warum redest denn der? (Weiterkeit.), der hat ja selbst seinen Namen darunter gesetzt. Ja, Parteigenossen, ich könnte ja sehr leicht denselben Kartäufelgrund anführen wie Bebel, daß ich sie nicht so genau gelesen habe, aber ich habe hauptsächlich meinen Namen darunter gesetzt,

weil ich dadurch das Recht gewinnen wollte, dem Resolutions-Angehörigen den schlimmsten Giftzahn auszuziehen. In der Resolution hat nämlich ursprünglich das Wort Freihandel in einer anderen Verbindung gestanden, so daß es Schema konnte, als ob wir uns zur puren Freihandelspolitik erklären; das wollte ich hintertreiben und es ist mir gelungen, das Wort zu streichen und durch ein minder anstößiges zu ersetzen. Indessen ist die Resolution ist mal da und es liegt schließlich auch nicht viel daran, wenn sie angenommen wird. Es giebt ja viele Leute, die sich beruhigt fühlen, wenn sie etwas schwarz auf weiß mit nach Hause nehmen können. (Heiterkeit.) Aber wenn auch alle Erwägungen gestrichen werden und nur der Schlusssatz übrig bleibt, oder wenn der auch noch viele, so würden wir doch genau so praktisch handeln, als wenn wir garnicht resolviert hätten. (Versall.)

Frax Riez-Hamburg: Was mir an der Resolution gefällt, ist gerade das, was Bollmar nicht gefällt, nämlich der klare prinzipielle Standpunkt. Das ist ein großer Vortheil! Wir haben bei diesen wichtigen Fragen mit zu entscheiden und müssen eine klare, bestimmte Stellung nehmen, und zwar für den Freihandel gegen alle Schutzzölle, die wir bei der Höhe unserer technischen und industriellen Entwicklung nicht brauchen. Da wir aber, wie Rautsky richtig sagte, nicht mit dem Kopfe durch die Wand können und die anderen Länder nicht zur Einführung des Freihandels zwingen können, bitte ich Sie, einen diesbezüglichen Passus in die Resolution einzuschleiben. Schippel sagte, eine Preiserhöhung führt auch zu einer Lohnerhöhung. Gewiß, den Versuch werden sie machen und auch mit Erfolg, aber doch nur bis zu einem gewissen Grade. Es ist viel leichter, für die Arbeiter eine Lohnerhöhung, die sie einmal durchgeführt haben, zu verteidigen, als eine weitere zu erringen. In Hamburg sind seit dem Zollanschluß die Löhne gestiegen, aber nicht in gleichem Schritt mit der Vertheuerung der Lebenshaltung. Ich ersuche Sie also, der Rautsky'schen Resolution zuzustimmen, aber einen Passus einzuschleiben, der unsere Abgeordneten ermächtigt, gegebenenfalls unbeschadet unserer prinzipiellen Stellung, auch für Schutzzölle zu stimmen.

Hierauf wird ein Schlusssatz angenommen.

Vater-Harburg erklärt, er habe sich gegen die Bemerkung der Genossen Riez wenden wollen, daß die Löhne seit dem Zollanschluß in Hamburg gestiegen seien, das sei unrichtig.

Das Schlusswort hat zunächst der Korreferent Rautsky: Meine Resolution ist grausam gepflückt worden, am grausamsten von Bollmar, der selbst geholfen hat, den Wandwurm ins Leben zu rufen (Heiterkeit.) Er fungierte freilich als Pestbemme nur, um als Zahnarzt fungiren zu können, denn er hat die postscriptische Entdeckung gemacht, daß der Wandwurm einen Giftzahn hat. (Große Heiterkeit.) Als tapferer Ritter Georg (große Heiterkeit) hat er den Muth gehabt, dem Wandwurm diesen Giftzahn auszuziehen (Heiterkeit), er hat das Wort Freihandel durch das Wort Verkehrsfreiheit ersetzt. Mir als Akademiker ist der Unterschied nicht klar geworden, höchstens das Freihandel früher mit Manchesterthum zusammengeworfen wurde, also vielleicht ein traditionelles Vorurtheil besteht. Wenn also Bollmar glaubt, hierin einen Giftzahn erwischt zu haben, hat er daneben gegriffen. Dies ist übrigens erst die zweite Resolution, die ich auf einem Parteitage eingebracht habe. Ich habe also an dieser Resolutionsproduktion gar keinen Antheil. (Bollmar: Ich habe nicht von Dir geredet!) Weiter aber soll diese Resolution viel zu lang sein. In welchem Zwecke fassen wir denn Resolutionen und stimmen darüber ab? Um uns darüber klar zu werden, worüber wir etwaz sind, und um auch die Außenwelt nicht darüber im Unklaren zu lassen. Wenn das in kürzerer Form nicht erreichbar ist, muß man einen längeren Weg wählen. Wenn Bollmar diese

Resolution zu lang ist, hätte er eine kürzere einbringen sollen. Solange das nicht geschieht, muß ich wünschen, daß die lange angenommen wird.

Ich komme zur Sache selbst. Den Punkt 2 möchte Seine gestrichen haben. Ich bin nicht ganz klar, aus welchem Grunde. Oder glaubt er wirklich, daß wir heute die Lebensmittelzölle los werden? Wenn er das glaubt, so beneide ich ihn nicht um diesen Glauben. (Heiterkeit und lebhaftes Zustimmung.) Bebel hat beantragt, zu sagen: „Die deutsche Industrie im Allgemeinen“. Mit dieser Einschaltung bin ich vollständig einverstanden; sie ändert nichts, sondern drückt im Gegentheil etwas Selbstverständliches aus, das Diejenigen beruhigen soll, die über die Selbstverständlichkeit sich noch nicht klar geworden sind. (Bebel: Ranu!) Es ist ganz klar, daß wir nicht für jeden einzelnen Industriezweig eine besondere Zollpolitik einrichten können. Wir können nur von der Industrie und von der Landwirtschaft im Allgemeinen sprechen. Wenn wir darauf warten wollten, bis alle Industriezweige in derselben Weise lebensfähig sind, dann können wir überhaupt nicht zu einer Entscheidung, in der Zoll- und Handelsfrage, dann müssen wir bis auf den Sonntag-Rammerleinslag warten. Das ist nicht unsere Aufgabe. Es ist von der Kullfrage gesprochen worden, die später eine neue Resolution nöthig machen würde. Sind wir heute dazu da, die Kullfrage zu lösen? Das kommt vielleicht nach 20 Jahren. Die Resolution gilt nur so lange, als die Verhältnisse gelten, unter denen sie entstanden. (Sehr richtig!) Wenn also nach 20 Jahren eine Kullfrage austaucht, dann machen wir eine neue Resolution. (Bebel: Meinetswegen schon nach 10 Jahren!) Was aber jetzt kommt, das sind die Handelsverträge. Und wenn wir mit unserer Stellung zu den Handelsverträgen warten wollten, bis die Kullfrage gelöst ist, dann kommen wir zu spät.

Elm hat mir vorgeworfen, ich hätte die amerikanischen Verhältnisse nur richtig dargestellt, diese sprächen gerade für den Schutz Zoll. Nun leugne ich durchaus nicht, daß die amerikanischen Arbeiter eine höhere Lebenshaltung haben als die deutschen. Wir wissen auch Alle, daß die achtstündige Arbeitszeit dort verbreiteter ist, die Arbeiterorganisationen weiter entwickelt sind als bei uns, das habe ich nicht bestritten. Ich habe nur auf einige Erscheinungsformen aufmerksam gemacht, die dort ganz besonders stark in die Erscheinung treten und mit den Kartellen im Zusammenhang stehen, die auf den Schutz Zoll zurückzuführen sind. Woher kommt aber die höhere Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiter? Vom Schutz Zoll? Nein, sie kommt durch Verhältnisse, die Amerika eigenthümlich sind und die wir nicht haben. Das liegt an den Grund- und Bodenverhältnissen, die es herbeiführten, daß in Amerika ein Lumpenproletariat in dem Maße wie bei uns in Deutschland sich bisher nicht bilden konnte. Das liegt daran, daß Amerika von jeher ein freies, selbstbewusstes demokratisches Staatswesen hatte; das liegt daran, daß dort in Amerika die Landwirtschaft noch immer exportirt, billiger produziert als bei uns, auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig ist und daß durch den Schutz Zoll die Arbeiter als Konsumenten nicht geschädigt werden. Das ist ja Alles bekannt. Diesen Verhältnissen entspringt die höhere Lebenshaltung der Arbeiter. Aber was Elm durchaus nicht widerlegt hat, das ist, daß trotzdem die Lebenshaltung der Arbeiter in Amerika eine so hohe ist, sie gerade in den Industriezweigen, die vom Schutz Zoll am meisten profitieren, eine niedrigere ist als in England. Hieraus sehen wir mit Deutlichkeit, daß der Schutz Zoll bereits angefangen hat, die Arbeiter zu degradiren, statt ein Mittel zu sein, sie zu heben.

Dann hat David gesagt, wir müßten die Kartelle und daher auch die Schutzzölle fördern; denn die Kartelle sind eine höhere Form der Produktion, die höchstnützliche in der heutigen Gesellschaft, und wir haben die ökonomische Entwicklung zu fördern. Die Kartelle sind allerdings eine nothwendige Erscheinungsform der kapitalistischen Produktionsweise, und sie werden ohnedies

kommen, wenigstens in den leitenden Industrien, aber daß das Kartell gerade ein Mittel ist, die industrielle Entwicklung zu fördern, bestreite ich. Das Kartell ist nichts, als ein privates Monopol. Das wichtige Mittel aber, die Technik unter der Waarenproduktion zu entwickeln, das ist die Konkurrenz; wo der Stachel der Konkurrenz fehlt, da erschläft auch die technische Entwicklung, da bleibt sie jurid. Da, wo die Kartelle soweit gekommen sind, daß sie mit gar keiner Konkurrenz mehr zu thun haben, entwickelt sich die Technik nicht weiter, und die allgemeine Entwicklung der Kartelle würde zu einer Stagnation der Industrie führen, also zu einem Zustande, den wir nicht herbeizuführen haben. Nun hat David weiter behauptet, und damit komme ich zu dem Punkt 8, der die meiste Anfechtung findet, den aber ich auf das Behafteste empfehle und wenigstens nicht ohne Kampf preisgeben möchte (Geiterkeit). David hat also gesagt, die amerikanische Industrie bedarf des Schutzzolles, eben weil die amerikanischen Arbeiter höher gestellt sind, weil sie höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit haben, könne die amerikanische Industrie mit der deutschen nicht konkurrieren. Ich freue mich des Zugeständnisses, daß die deutsche Industrie der amerikanischen überlegen ist und so eines Schutzzolles gegenüber Amerika nicht bedarf, sondern gerade umgekehrt. Ich möchte aber dieses Zugeständnis nicht zu ernst nehmen, denn die amerikanische Industrie ist thatsächlich gegenüber der deutschen konkurrenzfähig. Wenn das richtig wäre, was David gesagt hat, dann wären wir unsere nächsten Ziele nur in die Tasche. (Webel: Sehr richtig!) Dann können wir nicht für den nächsten Kundentag, nicht für höhere Löhne kämpfen, denn dann schneiden wir der Industrie den Lebensfaden ab. Aber wir wissen, daß die bestbezahlte Arbeit auch die billigste, die schlechtestbezahlte Arbeit die theuerste ist, die kürzeste Arbeitszeit die leistungsfähigsten Arbeiter schafft. (Weißall.) Daß das die Industrie nicht leistungsunfähig macht, das beweist am besten das Beispiel Englands, das doch nicht auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig geworden ist. Daß die amerikanische Industrie des Schutzzolles bedürfe, weil ihre Arbeiter gut bezahlt und gut genährt sind, das weise ich auf das Allereinstimmendste jurid. (Weißall.) Nun ist gesagt worden, für den Punkt 8 können wir uns nicht begeistern, denn das Hemd liegt uns näher als der Rock. Die nationalen Interessen stehen uns höher als die internationalen; zunächst muß die Industrie des eigenen Landes gesichert werden, wir können also für den Satz nicht eintreten, der von der internationalen Solidarität spricht. So gleichgültig möchte ich diese Worte nicht nehmen, und gerade deshalb, weil hier gegen Arbeiter anderer Länder Worte gefallen sind, die eine gewisse Feindseligkeit zeigen, gegen Arbeiter, die niedriger stehen als wir, weil hier Worte gefallen sind, die mit der internationalen Solidarität nichts zu thun haben, bitte ich Sie, diesen Punkt anzunehmen. (Weißall.) Es giebt zwei Wege, sich mit diesen wirtschaftlichen Gegenständen abzufinden: Die kapitalistische Methode ist die der Abschließung, die, daß man den Ausländer als Feind betrachtet, ihm das Leben so sauer wie möglich macht, seine Industrie niederdrückt, seine Arbeiter brodas macht. Was bedeutet denn der Schutz Zoll? Eine Exportzölne, die es dem deutschen Fabrikanten ermöglicht, auf dem Weltmarkt Schmutzkonkurrenz zu machen. (Sehr wahr!) Wenn die deutschen Arbeiter an dieser Schutzollpolitik theilnehmen, sich zu Mitschuldigen an dieser Schmutzkonkurrenz machen wollen, so machen sie sich die anderen Arbeiter zu Feinden; wir wissen, alle diese schutzollnerischen Bestrebungen vertiefen die Mißlichkeiten zwischen den einzelnen Nationen. Nehmen wir daran theil, so erzürnen wir nicht nur die ausländischen Kapitalisten, sondern auch die Arbeiter gegen das deutsche Volk. Die proletarische Methode, der internationalen Konkurrenz, der Konkurrenz der tiefer stehenden Völker entgegenzuwirken, ist eine andere; sie will den Arbeitern anderer Länder, die tiefer stehen als wir, die nicht bestellte

leisten können, die sich mehr gefallen lassen müssen als wir, helfen, auf eine höhere Stufe zu gelangen, weil dann jene Schmutzkonkurrenz aufhört, die sie uns heute machen. Nicht die Herabdrückung der Arbeiter, sondern ihre Hebung ist es, die auch in unserem eigenen wohlverstandenen Interesse liegt. Das ist die proletarische internationale Solidarität. (Lebhafte Beifall.) Wir zählen in Deutschland unter den Arbeitern so viele Italiener, Polen, Dänen u. s. w. Haben wir denn verlangt, daß diese hinausgeworfen werden, wollen wir uns abschließen? Nein, denn dann würden sie in ihr Land zurückkehren und dort die Löhne weiter herabdrücken helfen und die Schmutzkonkurrenz vermehren, nein, wir wenden uns an sie, die in Deutschland sind, suchen sie aufzuklären, zu bilden, zu heben, weil wir wissen, daß, wenn sie zurückkehren in ihr Land, sie da den Saurerteig bilden, der die Genossen dort ebenfalls hebt, auch in unserem Interesse. Und das werden wir vielleicht auch einmal thun müssen, wenn wir mit japanischen Arbeitern zu thun haben, was heute allerdings noch eine Doktorfrage ist. In Japan ist auch eine Arbeiterbewegung vorhanden, eine sozialistische Bewegung ist im Entstehen begriffen, sollen wir uns da feindselig gegenüberstellen? Nein, wir müssen sie als unsere Freunde, unsere Brüder betrachten, denen wir helfen wollen, um sie zu heben. Etwas anderes ist es natürlich, wenn wir mit solchen Arbeitern zu thun haben, die so tief stehen, daß sie überhaupt nicht zu heben sind, die gar keine Arbeiterbewegung haben, für die die internationale Solidarität auf keinen Fall existirt. Für die können wir uns allerdings nicht begeistern, und unter Umständen kann es kommen, daß, sollte einmal die Kulligefahr bedrohlich wird, wir uns gegen die chinesischen Arbeiter absperren. Ebenso kann es uns vielleicht mit den ostindischen Kulis oder den südafrikanischen Kaffern gehen. Das sind ganz andere Dinge! Aber daß wir dieses Verhalten gegen Arbeiter einschlagen, die zu heben sind, das ist ausgeschlossen. Nein! Wir müssen uns mit den Proletariern des Auslandes verbinden. Unter Schlachtruf muß bleiben: Proletariat aller Länder, vereinigt Euch! (Lebhafte Beifall.)

Das Schlußwort als Referent hat

Schüppel: Auch in dieser Frage wird es weder Sieger noch Besiegte geben. Der Hauptkern des Anstoßes war für mich Punkt 3 der Kautsky'schen Resolution. Nachdem aber Kautsky selbst ausdrücklich erklärt hat, daß die Fraktion nicht unbedingt für den Freihandel gebunden werden soll und nach Webel's Amendement, daß nur „im Allgemeinen“ die deutsche Industrie weit genug entwickelt ist, um des Zollschutzes entzathen zu können, bin ich bereit, meine Resolution zurückzuziehen und ich thue das hiermit. (Bravo!)

Ich bin eigentlich mit Befürchtungen nach dem Parteitag gekommen, denn ich habe doch immerhin dafür plädiert, daß wir Schutzzölle nicht so schnell abweisen sollen wie bisher. Nun wir wissen ja Alle, daß die Stimmung der deutschen Arbeiter gegen die Schutzzölle von politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen beeinflusst worden ist, die an sich mit der Streitfrage nichts zu schaffen haben. Die Schutzzölle sind geschaffen unter der Schredensherrschaft des Sozialistengesetzes, nachdem man die Arbeiter vorher geknebelt hatte. Und seit dieser Zeit werden Schutzzölle immer nur angesehen als ein Klauzug gegen das arbeitende Volk. Meine Befürchtungen sind nicht eingetroffen. Zweifellos hat auch der gefrige freie Nachmittag wesentlich zur Beruhigung der Gemüther beigetragen. (Geiterkeit.)

Nun hat Vollmar gemeint, die beiden Referenten hätten zu wenig über die Gegenwart gesagt. So habe ich meine Aufgabe nicht aufgefaßt. Wollte ich über die Gegenwart reden, so hätte ich eine Industrie nach der anderen hernehmen und den Weltmarkt schildern müssen. Das lag aber nicht in meiner Absicht. Ich habe nur Stimmung machen und den Genossen zurufen wollen:

„Jungens, lauft nicht so fix in den Freihandel, damit ein vernünftiger Mensch auch noch mitkommen kann!“ (Geisterzeit.) Diese Absicht habe ich erreicht und damit bin ich vollkommen zufrieden. Rautsky hat in seinem Referat gesagt, unsere heutigen Schutzzölle sind anders entstanden als die früheren. Heute habe die Furcht vor den Arbeitern die Bourgeoisie den Agrariern in die Arme getrieben und daher komme es, daß wir nicht nur Industrie, sondern auch Agrarzölle haben. Genossen! Ueberschätzen wir doch nicht unsere Macht, noch dazu in jener Zeit! Nein, die Industriellen konnten den großen inneren Markt, den ihr die Landwirtschaft unter den alten Preisverhältnissen der, nicht verlieren, sie konnten die Landwirtschaft nicht einfach zu Grunde gehen lassen, und darum waren sie gezwungen, auch Getreidezölle zu bewilligen. Und um so viel theurer ist das Brod doch auch garnicht geworden, die Getreidepreise auf dem Weltmarkt sind so heruntergegangen, daß wir heute trotz des Jolles noch eben so billige und billigere Getreidepreise im Durchschnitt haben wie damals. Aus demselben Grunde haben wir nicht bloß in Deutschland, sondern in Ländern mit ähnlicher Entwicklung Agrarzölle neben den Industriezöllen. Wollmer behauptete, daß ich gesagt habe, gegen die Lebensmittelzölle werden wir immer kämpfen, dieser Vorwurf könnte so klingen, als ob ich gemeint habe, was aus der Landwirtschaft wird, ist uns gleichgültig. Nein, so kann das garnicht gemeint sein. Wir werden als Arbeitervertreter immer gegen die Brodzölle kämpfen. Aber unser Verhalten ist nicht allein maßgebend. Wann werden wir denn die Lebensmittelzölle los werden? Etwa wenn die agrarische Kritik so weiter geht? Nein! Ueberschätzen wir doch nicht die Macht der Industrie! Wir werden die Kornzölle erst los werden, wenn wir lange Jahre hohe Getreidepreise gehabt haben, und wenn dann die Zölle fallen, dann ist die Landwirtschaft nicht verloren, denn dann werden andere Konjunkturverhältnisse für Getreide auf dem Weltmarkt sein. So waren meine Worte gemeint, und ich will das hiermit ausdrücklich feststellen, damit nicht etwa behauptet wird, ich hätte gesagt, mag aus der Landwirtschaft werden was will, wir haben kein Interesse daran. Auch die Genossin Biez befindet sich im Irrthum, wenn sie meint, ich hätte gesagt, wenn die Preise steigen, steigen auch die Löhne. Nein, soviel weis ich auch; ich habe nur gesagt, wenn die Preise der Industrie durch Schutzzölle steigen und wenn die Produktion im Innern sich mächtig ausweitet durch das Schutzzoll-System, dann werden auch die Arbeiter mehr beschäftigt sein und dann wird auch eine Preiserhöhung sich in eine Löhnerhöhung umsetzen. Aber daß in solchen Fällen, wo eine ehemals freie Stadt in ein Zollgebiet einverleibt wurde, die Verhältnisse andere sind, ist ganz selbstverständlich und ich selbst habe oft genug gesagt, daß der Zollanschluss von Hamburg dem Hamburger Arbeiter nur geschadet hat. Man ist gesagt worden, die Industriellen hätten den Schutzzoll nur gemacht, um die Profiteure zu steigern. Das war mir auch nichts Neues, aber wir dürfen doch nicht vergessen, daß eine Steigerung der Profiteure nicht nach Willen möglich ist. Hätten wir eine höhere Profitrate als in England, so würde das englische Kapital in Masse zu uns hereinströmen, bei Industriezöllen ist es durchaus nicht möglich, daß die Zölle sich unbedingt in Preiserhöhung ansetzen. Rautsky hat richtig darauf hingewiesen, wenn die Zölle Kartelle ermöglichen und wenn diese Kartelle wirkliche Monopole sind, dann kommt die große Belastung der Konsumenten. Das größte Kartell, das wir haben, ist aber das Kohlenkartell, und wir haben keinen Kohlenzoll. Da sind eben ganz andere Verhältnisse ausschlaggebend. Ich bestreite, daß der Schutzzoll das eigentliche Mittel gewesen ist, um die Kartelle zu ermöglichen. Wagnlich liegen die Dinge beim englischen Kohlenyndikat. Dann ist es auch eine Ueberschätzung, zu sagen, wenn die Schutzzölle nicht wären, hätten wir das Militär nicht. England, als Land mit Freihandel, hat doch auch große Militäraufgaben, die sie von 1874—

von 450 auf 800 Millionen geliegt haben. Hätten wir keinen Schutzzoll, so hätten wir unser Militär auch, aber vielleicht noch viel schlechtere Steuern. Was ferner die große Höhe betrifft, auf der die deutsche Industrie stehen soll, so fürchte ich, daß wir über die deutsche Industrie zu chauvinistisch-selbstbewußt denken. Ich warne davor, zu glauben, daß wir heute an der Spitze aller Nationen und auf der gleichen Höhe stehen wie die höchst entwickelten Länder. Deshalb habe ich Sie gewarnt, laufen Sie nicht so fix in den Freihandel hinein, wir sind noch nicht so weit.

Rachdem die Resolution Rautsky jetzt eine Aenderung erfahren hat, bitte ich Sie, dieselbe anzunehmen. (Beifall.)

Singer: Die Resolution Schippel (102) ist zurückgezogen, es bleibt also nur die Resolution Rautsky (103). Zu Punkt 3 liegt das Amendement Webel vor hinter die Worte: die deutsche Industrie einzufügen: „im Allgemeinen“; aber der Wunsch der Frau Biez kann keine Abstimmung erfolgen, da formell kein Antrag gestellt ist. Ueber die einzelnen Punkte der Resolution Rautsky wird getrennt abgestimmt. Die Abstimmung ergibt die Annahme der Rautsky'schen Resolution in allen Punkten mit dem Amendement Webel mit sehr großer Majorität. Punkt 3 lautet nunmehr:

„3, daß die deutsche Industrie im Allgemeinen weit genug entwickelt ist, um den Zollschutz entzählen zu können.“

Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

1/2 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Singer: Der Generalrath der französischen Arbeiterpartei hat unsern Freund Jules Guesde hierher gesandt. Er ist in Begleitung des Genossen Mattieux hier erschienen. Ich heiße sie herzlich hier im Namen des Parteitages willkommen. (Bravo!) Viele von den Delegirten haben diesen tapferen und muthigen Vorkämpfer auf den internationalen Kongressen und auch auf unserem Parteitag in Halle zu sehen und kennen zu lernen Gelegenheit gehabt. Guesde wird wenigstens einem Theil unserer Verhandlungen hier beiwohnen. Er wird sicherlich die Ueberzeugung mit heim nehmen, daß unser brüderliches Verhältnis zu der französischen Sozialdemokratie dasselbe geblieben ist und daß wir trotz allem darauf sind, auch mit ihr gemeinschaftlich für die Befreiung des Proletariats kämpfen zu können! (Bravo!)

Hierauf hält Guesde, mit lebhaftem Beifall empfangen, folgende von Liebknecht überreichte Ansprache: Ich komme nicht als Neuling hierher, denn ich habe schon 1890 als Abgesandter des französischen Proletariats an Ihren Beratungen in Halle theilgenommen und Ihnen damals die Grüße und Versicherungen der Solidarietät des französischen Proletariats überbracht. Damals war in Deutschland der eiserne Ring des Sozialistengesetzes gebrochen, und die Bourgeoisie hoffte ganz allgemein darauf, daß die Sozialdemokratie nun, wo sie auf dem Boden des gemeinen Rechts stände, ihre revolutionäre Kraft verlieren und in sich selbst zusammenfallen würde. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt, die deutsche Sozialdemokratie hat zwar gestritten über diese und jene Frage, aber sie hat sich nicht entzweit; sie ist sowohl auf theoretischem Gebiet als auch auf dem Gebiet der Organisation dauernd fortgeschritten, und sie ist heute fast genug, um den Angriffen aller ihrer vereinten Gegner siegreich widerstehen zu können. Aber nicht allein in Deutschland hat die Sozialdemokratie Fortschritte gemacht. Auch in Frankreich ist seit 1890 ein Wachstum der Bewegung zu bemerken. Die Sozialdemokratie hat in der französischen Nationalversammlung weiteren Boden gewonnen, sie hat einiger der wichtigsten

und stärksten Gemeinden Frankreichs sich bemächtigt. Und wenn auch die französischen Genossen noch nicht so weit sind wie die deutschen, wenn sie auch noch nicht so geeinigt dastehen, daß höchstens ganz unbedeutende Zwistigkeiten vorkommen können, so sind doch die dortigen Spaltungen bei weitem nicht so tief, als es den Anschein hat. Das Gefühl der persönlichen Gefährdung unter den verschiedenen Fraktionen hat sich fast vollständig verloren und es wird ungewisselhaft dahin kommen, daß eine einheitliche Organisation geschaffen wird. Und davon können Sie überzeugt sein, wenn die Einigung auch nicht heute oder morgen erzielt wird, ein Gegeneinandergehen der verschiedenen Fraktionen ist nicht möglich. Die französischen Genossen fühlten sich völlig eins mit den Sozialdemokraten anderer Länder; das Wort „Proletariat aller Länder, vereinigt Euch“ ist dem französischen Proletariat in Fleisch und Blut übergegangen.

Namens der französischen Sozialisten reichte ich Euch die Hand, ich freue mich, daß die deutsche Sozialdemokratie auch auf diesem Kongress wieder das Klassenbewußtsein betont hat und geent darsteht gegenüber denjenigen, welche sich anemaßt haben, die sozialistische Bewegung zu hemmen. Hoffentlich werden bald diejenigen Hindernisse, die heute noch die verschiedenen Nationen trennen, überwunden werden. Hoffentlich wird der Zeitpunkt nicht mehr fern sein, wo die internationale Sozialdemokratie die gesamte Menschheit umfaßt. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

Darauf wird der Bericht der Beschwerdekommmission zur Verhandlung gestellt.

Berichterstatter Gug-Bant: Es lagen der Kommission drei Fälle vor, die sie zu prüfen hatte, und zwar Beschwerden gegen den Vorstand bzw. die Kontrolleure. Die erste Beschwerde stammt von dem Genossen Höhlack und vom Vertrauensmann des Kreises Wittenberg-Schweinitz gegen Auer wegen seines Verhaltens bei der Stichwahl in Wittenberg-Schweinitz. Die Kommission empfiehlt, über diese Beschwerde zur Tagesordnung überzugehen. (Beifall.)

Ohne Debatte beschließt der Parteitag mit allen gegen 5 Stimmen in diesem Sinne.

Gug: Die zweite Beschwerde ist die des früheren Redakteurs der „Thüringer Tribüne“, Hülle. Sie richtet sich gegen den Partei-Vorstand und die Kontrolleure und bezieht sich auf seine Nichtanstellung in Braunschweig. Die Kommission ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Vorstand das Interesse der gesamten Partei wahrgenommen hat, und bittet den Parteitag, auch über diese Beschwerde zur Tagesordnung überzugehen.

Der Parteitag tritt debattelos dem Beschluß der Kommission bei.

Gug: Die dritte Angelegenheit betrifft den Streit unter den Parteigenossen in Braunschweig, womit sich schon der vorige Parteitag beschäftigen mußte. Es bestehen zur Zeit zwei Partei-Organisationen in Braunschweig. Die eine, errichtet auf Grund des Organisationsstatuts, die andere der Sozialdemokratischen Arbeiterverein. Dieser letztere ist bereit, wenn gewisse Forderungen erfüllt sind, seine Sonderorganisation aufzugeben. Es ist über diese Sache hier eine Broschüre verbreitet worden, die geradezu ein Meisterstück einseitiger Darstellung ist und verdiente Parteigenossen angreift. Der Streit dreht sich hauptsächlich um den Besitz und den Einfluß auf das dortige Partei-Organ. Früher ging der Streit hauptsächlich um die Ueberführung des Besitzes des Blattes aus den Händen des jetzigen Druckers, damaligen Eigentümers, Günther in das Eigentum der Partei. Ein thörichtes Streich Günther's war es, daß er sich gegen die Uebergabe des Blattes heftig sträubte. Obwohl das Blatt mit seinen 2300 Abonnenten wirklich keine Ueberflüsse liefern konnte, hätte sein Verhalten die Ansicht Derer, die Günther damit in dem Besitz einer Goldgrube wählten. Der Privatbesitz an einem Partei-Organ ist in unserer

Partei ein Kaufens, da die Parteigenossen es ja in der Hand haben, den Besitz in nichts zu verwandeln; das begriff Günther nicht. Allzu lange hat es gedauert, bevor er auf das Drängen des Partei-Vorstandes und der Kontrolleure seinen Besitz abtrat. Mit Hilfe des Vorstandes wurde das Blatt in Partei-Besitz übergeführt und in dem Genossen Wlos einen Verleger gefunden. Man konnte man meinen, daß der alte Streit beendet sei, da er keine materielle Grundlage mehr habe. Allerdings scheinen die verschiedenen Befugnisse zwischen Verleger und Preßkommision nicht genau abgegrenzt worden zu sein. Jedenfalls ist es für Jeden, der Wlos kennt, klar, daß er nur der Wlos gehorchend nicht dem eigenen Triebe den Verlag übernahm. Alle Welt glaubte jedenfalls, daß er, als Abgeordneter über den Parteien stehend, Einigkeit erzielen würde. Das ist nun nicht der Fall gewesen. Wlos hat einen unglücklichen Griff, indem er als Geschäftsführer den Herrn Färber engagirte, der mehr den Beruf in sich fühlte, sich in die Redaktion zu mischen, als Geschäftsführer und dem Redakteur Heymann. Das Bild zeigte sich ungesähr so, die Parteikasse hat das Geld hergegeben, Wlos den Namen, und die Preßkommision regierte. Das ist kein richtiger Zustand. Wie ein rother Faden zieht sich durch die Broschüre der Vorwurf, der Partei-Vorstand habe das materielle Interesse des Druckers Günther gefördert. Günther hatte einen außerordentlich hohen Druckpreis vereinbart, der Verleger konnte dabei in gutem Glauben sein und Günther hatte vorher, als er das Blatt besaß, keine Seibe gesponnen, sondern Verluste gehabt; es ist also menschlich, daß er versuchte, jetzt einen anständigen Preis zu erzielen, weil er glaubte, im Parteibeisitz würde das Blatt gleich einen Aufschwung auf 10 000 Abonnenten nehmen. Heute sind es aber nicht mehr als 3400. Dem Partei-Vorstand ist es gelungen, eine Ermäßigung des Druckpreises um 15 Mark täglich zu erzielen. Trotzdem wurde fortgesetzt darauf hingearbeitet, Günther den Druck zu entziehen. Diese Forderung ist auch der Kontrollkommision und auch uns zugestellt, später dann juristisch gezogen worden. Der Streit setzte sich fort. Es kam dazu, daß der Redakteur Heymann allerdings in unpraktischer Weise Vorgänge bei und nach der Wahl zu einer unrichtigen Zeit in die öffentliche Diskussion brachte. Die Preßkommision nahm daraus Veranlassung, allerdings sehr unverständigerweise, Heymann seines Amtes zu entsetzen. Es wurde auch behauptet, er sei für den Posten nicht fähig. Nun muß aber berücksichtigt werden, daß Heymann der einzige Redakteur an dem täglich erscheinenden Blatte war. Das Vorgebrachte rechtfertigte nicht, ihm sein Brod zu nehmen. Eine große Anzahl von Parteigenossen hatte den Streit endlich satt. Gerstenhauer wurde beauftragt, eine Parteiversammlung einzuberufen, sagte es auch zu, that es aber dann nicht, unter Berufung auf einen früheren Beschluß, nach welchem Preßangelegenheiten nur in Versammlungen des sozialdemokratischen Arbeitervereins ihre Regelung finden sollen. Aber eine öffentliche Parteiversammlung muß die höchste Instanz sein, wenn solche Wichtigkeiten bestehen, die die ganze Partei betreffen. Die Versammlung wurde durch den Stellvertreter von Gerstenhauer einberufen, aber wegen solcher Mangelhaftigkeit aufgehoben. Am 22. Juli fand dann eine dritte Versammlung, einberufen vom Landes-Vertrauensmann statt, deren Rechtmäßigkeit bestritten, von uns aber anerkannt wurde. Sie beschloß die Wiedereinsetzung des Redakteurs, die Absetzung des Vertrauensmanns Gerstenhauer, die Bildung einer neuen Preßkommision. Die Gegner von Günther und Heymann hätten in dieser Versammlung den Boden einer Verklärung finden können. Sie haben es aber nicht getan, sondern sich in den Schmolmügel zurückgezogen. Da sie sehen, daß sie in der Versammlung nicht die Mehrheit haben würden, thaten sie den wunderbar demokratischen Streich und beschloßen, daß, solange die Preßverhältnisse nicht geregelt seien, in dem Arbeiterverein eine Aufnahme von

Mitgliedern nicht mehr stattfinden könne. So wurde eine Dummheit nach der anderen gemacht. Endlich wäre es u. a. auch an der Zeit, die auf dem Göttaer Parteitag endgültig erledigten Angriffe gegen Kleßling wegen angeblicher Besetzung beim Bierbrauerstreik zu unterlassen. Wir sind der Meinung, daß man in jener Versammlung vom 22. Juli sich hätte verständigen müssen. Wobin soll es kommen, wenn in jedem Ort, wo Differenzen über Geschäftsfragen bestehen, aus purem Haß, Neid, Unverträglichkeit zwei oder gar drei Organisationen entstehen! Wenn die Mitglieder des Arbeitervereins der Meinung sind, daß sie im Recht sind, dann sollen sie mitarbeiten und ihren Einfluß geltend zu machen suchen. Wir wollen aber den alten bewährten Genossen den Uebertritt aus dem Verein in die andere Organisation nicht unmöglich machen und haben versucht, ihnen in unserer Resolution eine goldene Brücke zu bauen.

Heute ist eine Beschwerde eingegangen, daß in dem Bericht des Braunschweiger „Volksfremdes“ über die Parteitagungsverhandlungen stehe, es sei eine der bekannten Bruntse'schen Lügen, daß Bruntse in einer Versammlung von über 100 Genossen gewählt sei. Wir müssen auf das Entschiedenste eine solche Handlungsweise, die nicht dazu angethan ist, dem Zank ein Ende zu machen, verurtheilen. (Lebhafter Beifall.)

Die Resolution der Reuner-Kommission lautet:

Der Streitfall unter den Parteigenossen der Stadt Braunschweig. Von der einen Seite der Streitenden wird verlangt, der Parteitag solle den dorfselbst neugegründeten Sozialdemokratischen Verein als außerhalb der Partei stehend betrachten, wie es des Näheren unter Antrag 83 ausgeführt wird; der andere Theil der Parteigenossen führt Beschwerde über den Wortstand und die Kontrollkommission, weil sie ihrem Protest gegen die Beschlüsse öffentlicher Parteiversammlungen bezw. Volksversammlungen bezüglich der Wahl von Vertrauensleuten und einer Preßkommission u. s. w. nicht stattgegeben habe. Die Kommission kam nach eingehender Prüfung des umfangreichen Materials zu dem einstimmigen Beschluß, dem Parteitag folgende Resolution vorzulegen:

„Die Berufung der Genossen Gerstenhauer und Bruntse gegen die Entscheidung der Parteikontrollleure wird vom Parteitage zurückgewiesen.

Das Verhalten der Mitglieder des Partei-Vorstandes, Genossen Gerisch und Auer, war pflichtgemäß und vom Partei-Interesse vorgeschrieben, den Grundsätzen des Rechts und der Billigkeit entsprechend.

Die Berufung der öffentlichen Parteiversammlung vom 22. Juli dieses Jahres in Braunschweig durch den Landes-Vertrauensmann ist nicht als gegen unsere Partei-Organisation verstößend anzusehen und sind daher auch die Beschlüsse dieser Versammlung als gültige zu betrachten. Auch sachlich erscheinen dem Parteitage diese Beschlüsse gerechtfertigt und zur Ausgleichung der bedauerlichen Differenzen geeignet.

Entsprechend diesen Feststellungen ist es Pflicht des Genossen Gerstenhauer von dem Posten eines Vertrauensmannes zurückzutreten und das Geld, das sich noch in seinen Händen befindet, seinem Nachfolger Genossen Ohlendorf auszuliefern.

Dagegen erachtet der Parteitag die Gründung und Aufrechterhaltung einer sozialdemokratischen Sonder-Organisation in Braunschweig als eine die Interessen der Partei schädigende Handlung.

Der Parteitag spricht sein Bedauern darüber aus, daß altbewährte Parteigenossen sich zu einer derartigen Maßnahme verstehen konnten, die auch durch den Umstand nicht entschuldigt werden kann, daß einzelne Vorkommnisse in der Partei in Braunschweig ihnen Grund zur berechtigten Unzufriedenheit gegeben haben.

Der Parteitag appellirt an das Pflichtgefühl der in dem neuen Verein organisirten Genossen, das denselben gebietet, in die Reihen der übrigen Genossen zurückzulehren und sich beiderseits zu bestreben, die Differenzen in sonstiger Weise und nach demokratischen Gepflogenheiten auszugleichen.“

Namens der Kontrollleure nimmt Meister das Wort, um die in der Broschüre des Braunschweiger Sondervereins gegen die Kontrollleure erhobenen Angriffe zu widerlegen. Der Geist der Broschüre verräthe Färber als Verfasser. Es wurden von der Kontrollkommission Dinge behauptet, die nicht der Wahrheit entsprechen, die Kontrollleure seien durchaus unparteiisch verfahren. Von Auer wird behauptet, er habe die Unwahrheit gesagt. Nun, wenn Auer jemals die Wahrheit gesprochen hat, so in dem Briefe, wo er Färber reis fürs Zollhaus erklärte. (Geisterleit.) Das uns überwiesene Material war so reichlich, daß wir Stunden dazu gebraucht haben, es nur vorzulesen. Ich habe alles Material unparteiisch den Kontrollleuren vorgelegt und es ist reiflich geprüft worden. Wenn Färber noch Extramaterial hatte, warum hat er es uns denn nicht geschickt? Er war doch davon unterrichtet, wann die Sitzung der Kontrollleure stattfand. Es ist eine direkte Unwahrheit, wenn in der Broschüre gesagt wird: „Wie haben sich nun die Kontrollleure ihrer Aufgabe erledigt? Sind sie den Beschwerdeführern gerecht geworden? Nicht im geringsten! Ohne das Anklagematerial der Beschwerdeführer einzufordern, haben sie nach dem, was ihnen Auer vorzulegen für gut befunden hat und von dem die Ankläger keine Kenntniß erhielten, einen Urtheilsspruch gefällt. Ganz à la Prozeß Dreyfus. Nur daß dort der Angeklagte ohne Vorlegung des Anklagematerials verurtheilt, hier die Ankläger abgewiesen wurden, bevor sie ihr Anklagematerial vorlegen konnten, während den Angeklagten die Produktion aller von innen selbst bestellten Briefe, über welche sich zu äußern den Anklägern unmöglich war, da ihnen deren Kenntnißnahme vorenthalten wurde, als Rechtfertigung für ihr gewaltthätiges Vorgehen gestattet wurde.“ Auch das ist eine direkte Unwahrheit. Die Betroffenen haben mir nicht eine einzige Zeile in dieser Angelegenheit geschrieben, wir haben nur von Gerstenhauer und den ihm nahestehenden Personen Material bekommen. Wenn es in der Broschüre weiter heißt: „So soll namentlich ein Brief des jetzigen Geschäftsführers Stegmann, den der „listenreiche“ Auer sich schreiben ließ und in dem der Vorstand aufgefordert wurde, Jemand nach Braunschweig zu delegiren, weil die Preßkommission und die interinistische Redaktion die Herausgabe eines Konkurrenzblattes beabsichtigen, als Entschuldigung für das Vorgehen der Angeklagten gebient haben,“ so ist auch das eine Unwahrheit. Ob Auer einen solchen Brief bekommen hat, wissen wir nicht. Jedensfalls hat ein solcher Brief uns nicht vorgelegen, er konnte also auch für unser Votum nicht maßgebend sein. Ferner steht in der Broschüre: „Und auf solch' albernen Schwindel fallen die Kontrollleure hinein!“ In diesem Falle aber ist in Wahrheit Färber der Hineingefallene, ich weiß nicht, von wem er sich die Ente aufbinden ließ. Dann wird weiter die Frage aufgeworfen, ob die Kontrollleure ihre Schuldigkeit gethan haben, ob sie überhaupt ihre Schuldigkeit thun können. Und es wird gesagt: in ihrer gegenwärtigen Organisation, wonach die Kontrollleure an sechs verschiedenen durch große Entfernungen von einander getrennten Orten wohnen, ist das Institut der Kontrollleure nur das Feigenblatt des Auer'schen Absolutismus. (Geisterleit.) Das ist wieder einmal eine Behauptung, die Färber's würdig ist, der ja mir gegenüber durch seine ganze Qualifikation völlig entschuldigt ist. (Geisterleit.) Gerabzu nichtsnutzige Motive werden den Kontrollleuren untergeschoben, indem gesagt wird, ihre Funktion ist eine rein dekorative. Jedes Vierteljahr kommen sie auf höchstens 2—3 Tage nach Berlin und da sollen sie neben Erledigung einer Reihe von Parteiangelegenheiten die Parteikasse, den Vorwärtsverlag, die Buchhandlung des

Vorwärts und die anderen Parteigeschäfte revolviren. Höchstens die kalkulatorische Wichtigkeit ist in diesem kurzen Zeitraum zu prüfen, ob aber die Einnahmen und Ausgaben richtig eingestelt, ob überhaupt die Bilanz richtig ist, dazu ist bei dem Umfang der Parteigeschäfte allmonatlich eine mehrbändige sachkundige Revision erforderlich. Wenn das, was hier den Kontrollleuren unterzogen wird, wahr wäre, dann wären die Kontrollleure werth, aus der Partei ausgeschlossen zu werden. (Sehr richtig!) Denn eine solche Handlung, wie sie hier uns vorgeworfen wird, würde mit Zuchthaus bestraft. In der Broschüre wird die Anstellung eines gutbesoldeten ökonomisch unabhängigen sachkundigen Revisors empfohlen. Nun, wenn ich ironisch sein wollte, so würde ich Ihnen empfehlen, den Genossen Färber für diesen Posten zu wählen. (Heiterkeit.)

Blos: Wir erklären uns mit dem Bericht einverstanden und ziehen deshalb den Antrag 88 zurück. Ich will nur auf den einen Punkt zurückkommen, der von der Anstellung Färber's spricht. Da muß ich mich allerdings schuldig bekennen, aber Sie werden es verstehen, daß, nachdem ich von Tag zu Tag auf einen tüchtigen Gewerkschaftsführer gewartet habe, es mir ähnhlich gehen konnte, wie dem Mädchen, das auf die Strafe ging und aus Weger den ersten besten Menschen heirathete. (Heiterkeit.) Es ist zur stehenden Medensart geworden, daß Braunschweig ein zweites Solingen sein wird (Auf: Noch nicht!) Nein, es wird nicht dahin kommen, wir sind auf dem Wege der Besserung. (Große Heiterkeit.) Hätten Sie mich etwa für einen zweiten Schumacher? Ich betrachte das Reichstagsmandat nicht als der Güter höchstes und werde mit Freunden darauf verzichten, wenn es das Interesse der Partei erheischt. Da das aber vorläufig noch nicht nöthig ist, so thue ich es nicht. Noch eine Bemerkung: Der Berichterstatter hat sich bei der Angabe der Abonnentenzahl des Blattes um etwa 1000 geirrt. Ferner ist die gerügte Bemerkung im „Braunschweiger Volksfreund“ nicht von mir ausgegangen, sondern sie ist in Braunschweig selbst eingefügt. Ich bitte, nehmen Sie den Kommissionsantrag an.

Ginger: Es liegt eine Wortmeldung des Genossen Brunke vor. Derselbe ist nicht delegirt, ich habe aber keinen Zweifel, daß der Parteitag Alles versuchen wird, den Frieden in Braunschweig wieder herzustellen, und daß er deshalb nichts dagegen hat, wenn ich Brunke nachher das Wort ertheile. (Zustimmung.)

Agster-Worzhelm: Ich will nur dem allgemeinen Empfinden Ausdruck geben, daß solche Dinge und ihre Erörterung auf dem Parteitage besser vermieden werden. Dazu müssen, wenn nöthig, auch Mittel gefunden werden. Vielleicht hat der Vorstand bei diesem Streit sich zuerst zu reservirt verhalten. In der Broschüre ist der Passus charakteristisch, daß das Blatt früher bei 3000 Abonnenten ungeheure Ueberschüsse erzielt haben müsse. Wer Preisverhältnisse kennt, kann über eine solche Behauptung nur den Kopf schütteln. Sehr zweifelhaft erscheint es mir, daß der Streit durch die Annahme der Resolution beendet wird.

Brunke-Braunschweig: Seit Jahren haben sich die Verhältnisse in Braunschweig so zugepicht, daß es schließlich zu den jetzigen Verhältnissen kam, doch waren wir zum Verhandeln bereit und wir werden einen schweren Stand bei unseren Genossen in Braunschweig haben, weil wir vor der Kommission alle unsere Forderungen bis auf die eine haben fallen lassen, den Medakteur Heymann seines Postens zu entheben. Aber auch darauf ist man nicht eingegangen. Nedner geht nun auf die Person des Druckers Günther des Näheren ein und wirft ihm vor, jahrelang die Partei übers Ohr gehauen zu haben durch zu hohe Druckpreise und dadurch, daß er sich sein angebliches Defizit vom Partei-Vorstand beim Uebergang des Blattes in den Parteibestitz ausbezahlen ließ. Die Angriffe gegen die Kontrolleure in der Broschüre nimmt Nedner zurück und giebt die Form der Angriffe darin als nicht gerade schön weg.

Nur sei in Braunschweig dittatorisch aufgetreten und habe in einer Versammlung gesagt: Was Ihr vorgebracht habt, ist Quatsch und das Beste ist, man räumt mit Euch auf. Seinen Freunden sei nicht der dumme Gedanke gekommen, ein neues Blatt in Braunschweig herauszugeben zu wollen. Dem Medakteur Heymann sei eigentlich von Anfang an gekündigt gewesen, man habe ihn gleich für nicht geeignet gehalten und gemeint, daß man für das riesige Salair eine geeignetere Kraft haben könne. Weil der Redakteur Heymann nun wüßte, daß er nach der Wahl fort müsse, brachte er die ganzen alten Geschichten in der Volksversammlung vor, um der Richtung Günther zum Siege zu verhelfen.

Gering: Genosse Agster meint, solche Dinge blieben auf dem Parteitage besser unerörtert. Ja, Genossen, dieselbe Empfindung haben wir Alle. Wir müssen uns ja Jahr aus Jahr ein mit solchen unangenehmen Dingen beschäftigen. Solange Sie nicht den Partei-Vorstand mit größerer Machtvollkommenheit ausstatten und auch gleichzeitig ein Instrument konstruiren, durch das er die berufsmäßigen Kräfte der vernünftigen Einwirkungen zugänglich machen kann, so lange werden solche Streitigkeiten nicht aufhören. Auch in Braunschweig haben wir unsere Pflicht nicht verlehrt. Wir sind schon vor Jahren eingeschritten, als die Streitigkeiten im Entstehen waren. Aber wie wir mit unseren Rathschlägen angekommen sind und was man uns geantwortet, kann ich hier nicht wiederholen, die Reunerkommission ist davon unterrichtet. In der Broschüre wird uns dittatorisches Benehmen und absolutistisches Regiment vorgeworfen bei den Druckverträgen. Erst als die Verträge abgeschlossen waren, hat man sie uns mitgetheilt; aber so, daß die zwischen Günther und dem Verleger Blos vereinbarten Preise Bucherpreise waren, liegt die Sache nicht. Aber als wir sahen, wohin die Sache fleuerte, haben wir eine Herabsetzung des Druckpreises um 4500 Mk. durchgeführt. Günther war eben formell, juristisch und logisch im Recht, wenn er eine rückwirkende Kraft für die abgelaufene Zeit ablehnte und sich auf seinen Vertrag berief. Aber auch Billigkeitsgründe bestimmten uns, für die abgelaufene Zeit den höheren Betrag zu zahlen, um den Zankapfel zu beseitigen, denn Günther berief sich darauf, daß er sich bei seinen Kalkulationen auf den höheren Preis eingerichtet habe. Die Richtung Niede-Günther-Heymann telegraphirte nach Berlin, wenn wir nicht hinkommen und der Sache ein Ende machen, ist die Gründung eines zweiten Blattes nicht zu vermeiden. Weil die uns angerufen hatten und wir Pals über Kopf hin mußten, telegraphirten wir an die Richtung Niede: wir kamen und wurden von Heymann und Günther empfangen. Eine Tasse Kaffee, die wir mit ihnen tranken, sollte schon genügt haben, uns zu bestechen! Falsche Informationen sollen wir uns haben ertheilen lassen. Ich wünschte dem Genossen Brunke, er wäre Zeuge gewesen der außerordentlichen Schmeicheleien, mit denen Nier damals den Heymann bedacht hat. Wir haben uns in der Versammlung über die Verhältnisse informiert. Heymann wurde gekündigt, weil er in die Versammlung gegangen war und die Angelegenheit klar gestellt hatte. Dadurch sei er angeblich, so entschied die Prehkommision, seinen Vorgesetzten ungehorsam gewesen. Die gemaltige Mehrheit der Braunschweiger Genossen hat, davon haben wir uns überzeugt, sich auf die Seite von Günther gestellt. Das Schöne ist, daß, als nachher auch der Arbeiterverein sich auf die Seite der Parteiverammlung stellte, auch der Arbeiterverein für Brunke nichts mehr taugte. Es ist endlich Zeit, diesem Zank ein Ende zu machen.

Ohtendorf-Braunschweig empfiehlt dringend die Annahme der Resolution der Reuner-Kommission. Die große Mehrheit der Braunschweiger Genossen sitzt auf dieser Seite.

Nier: Gegen die in der Broschüre und der Diskussion gegen mich gerichteten Angriffe werde ich mich nicht vertheibigen; wer sich kennt, weiß, was er von ihnen zu halten hat. Nur die eine Bemerkung will ich machen,

daß es falsch ist, daß ich Heymann für Braunschweig empfohlen habe. Ich habe auf Beiträgen von Blos den Heymann nur als stellungslos erwähnt, aber ausdrücklich gesagt, seine Fähigkeiten kenne ich nicht. Daß ich in der Braunschweiger Versammlung distorsiv aufgetreten sei und alles für Quacksalber erklärt hätte, ist eine Phantasie von Brunko. Ich habe nur am Schluß erklärt, ich möchte mich in den Streit nicht ein, aber wenn in Braunschweig nicht in Wädde eine Verhandlung erzielt würde, wenn der Streit und Zank, von dem ich in der Versammlung eine Probe hatte, weiter geführt werden, seien wir, die Vorstandsmitglieder, nicht im Stande, es weiter zu verantworten, daß aus Parteimitteilm das Defizit des „Volksfreundes“ weiter gedeckt werde. Ich habe also gewissermaßen eine Überhängung des Brodloches ihnen angelündigt und habe gedacht, daß sie das zur Einsicht bringen würde. Ich habe mich aber der niederschmetternden Hartnäckigkeit gegenüber gründlich geirrt. (Heiterkeit.) Sie haben nachher mit ungeschwächten Kräften den Krach fortgesetzt (Heiterkeit) und sind auch entschlossen, ruhig in der Weise weiter zu koalieren. Der Gergang bei unserer Sitzung nach Braunschweig ist folgender: Von Ohlendorf erhielt ich ein Telegramm: „Heute Abend unbedingt selbst kommen, sonst zwei Blätter unvermeidlich.“ Diese Drohung, ein neues Blatt zu gründen, ging also von der Richtung Niecks-Günther aus. Einige Tage vorher erhielt ich einen Brief von der Richtung Brunko, darin war davon die Rede, daß, wenn die Verhältnisse in Braunschweig noch schlimmer wären als in Solingen, ich mich bei meinem Freund Günther und Heymann dafür bedanken könne. Die Braunschweiger würden sich aber nicht so abfagen lassen wie die Solinger. Diese Mitteilungen von beiden Richtungen mußten und bestimmten „so einzugreifen, wie wir es gethan haben. Es ist kein Vergnügen, sich in solche Händereien zu mischen. Im Uebrigen bin ich aber überzeugt, daß die Verhältnisse in Braunschweig nicht so weit gehen werden wie in Solingen. Abgesehen von ein paar Leuten, denen der Krach ihr Stiement und einige Beschäftigung ihrer parteigedönslichen Bestimmung ist, ist in Braunschweig alles in bester Ordnung.

Die Diskussion wird geschlossen.

Börsch erklärt, daß er die Berechnung des Druckpreises nicht übertrieben gefunden habe, und weist die Angriffe der Broschüre gegen ihn zurück.

Die Resolution der Neuner-Kommission wird angenommen.

Singer: Damit wäre die Braunschweiger Angelegenheit für diesen Parteitag erledigt. (Große Heiterkeit.) Ich möchte aber dringend bitten, daß die Braunschweiger Genossen es in der That mit diesem Mal genügend sein lassen (lebhafter Beifall), und ich werde mich dabei nicht an die neue, sondern an die alte Organisation mit der bringenden Bitte, entsprechend dem oben gefaßten Beschluß es den bisher in einer besonderen Organisation versammelten Genossen, denen wir den Rath geben, zurückzuführen, diese Mühseligkeit nicht zu erschweren und das Ihrige zu thun, die Schwierigkeiten zu beseitigen.

Rummeier werden bis zum Punkt „Presse“ vorliegendes Anträge zur Verhandlung gestellt. Es sind dies die Anträge 45 bis einschließlich 55 und der Antrag 100. Der Antrag 45 (betreffend die Verlegung des „Vorkwärts“ nach Berlin) ist zurückgezogen. Die Anträge 47, 48, 56, 57, 58, 59, 63, 64 und 65 finden nicht die genügende Unterstützung.

Antrag 45 (auf Erweiterung des „Vorkwärts“) begründet Weigert: Wichtig ist unserer Presse werden wir Berliner als Stiefkinder der Partei angesehen. Ich weise nur auf die Haltung des „Vorkwärts“ in der Frage der Kandidaturen hin, aber auch bei allen lokalen Angelegenheiten, bei kommunalen Wahlen, bei Gewerbetagswahlen sind wir im Nachtheil. Hier läßt uns die Presse im Stich. Nicht etwa daß sie ihre Aufgabe nicht erfüllt, aber ihr Preis ist so hoch, daß sie nicht recht in Arbeiterkreise einbringt. Die Arbeiter lesen billiger, un-

politische Blätter. Auch für den kleinen Geschäftsmann, der einen Quadeitheil haben muß, genügt unsere Presse nicht. Könnten wir in diese Kreise eindringen, so würden wir nicht nur mehr Abonnenten haben, sondern mehr Abonnenten bekommen und könnten allmählig den Preis reduzieren. Wir müssen doch damit rechnen, daß die Kreise, die wir gewinnen wollen, noch keine überzeugten Sozialdemokraten sind, die ein thaureres Parteiblatt bezahlen, wenn sie billiger andere Blätter haben. So war z. B. bei den letzten Gewerbetagswahlen die Uingetragung der Arbeitnehmer in die Listen sehr gering, wozu ebenfalls die Presse mit Schuld ist. Man darf nicht nur darauf sehen, daß der Ueberschuß recht hoch ist, sondern in erster Linie müssen wir neue Anhänger gewinnen und deshalb verlangen wir per Jahr zwei vollständige Agitationsnummern in Massen-Auslage. Stimmen Sie deshalb unserem Antrag zu.

Stadthagen: Dem Grundgedanken des Antrages schliesse ich mich im Allgemeinen an. Ich glaube allerdings nicht, daß jetzt schon eine Verbilligung des „Vorkwärts“ möglich ist, sondern es kann sich vorläufig nur darum handeln, den Inhalt des „Vorkwärts“ so zu gestalten, daß dadurch recht viele Abonnenten gewonnen werden. Aber im Uebrigen ist der Antrag dringend erforderlich. Wir haben in Berlin, Leltam-Beeskow und Niederbarnim rund 250000 sozialdemokratische Wähler, aber etwas weniger als 50000 „Vorkwärts“-Abonnenten. Das entspricht nicht der Stellung, die das Organ der Hauptstadt haben möchte, wenn agitatorisch gewirkt werden soll. Was an den Berliner Arbeitern liegt, zur Verbreitung des „Vorkwärts“ beizutragen, ist in überreichem Maße gegeben. Der Inhalt des „Vorkwärts“ hinter seine Verbreitung. Daran, daß der „Vorkwärts“ besser wird, muß auch den auswärtigen Genossen gelegen sein. Wenn Sie aus dem „Vorkwärts“ die Berliner Arbeiter beurlauben wollen, so müssen Sie fast annehmen, daß die Berliner kaum vernünftige Menschen sind (Heiterkeit), geschweige denn Parteigenossen. Das ist ein derartiges verkehrtes, verzerrtes Spiegelbild, daß ich durchaus verstehe, wenn Genossen, die nicht die Zurückhaltung besitzen, die ich mich anfangs gemacht war, empört darüber sind, in welcher Weise Versammlungsberichte gemacht werden. Das Sachliche wird fortgelassen und der persönliche Krach dreingetreten. Das ist nicht die Art und Weise, wie man belehrend, agitatorisch, einflüßend wirkt, sondern die Art, wie vielleicht ein Registrator verfährt, der seiner Aufgabe nicht gewachsen ist. Ueber sehr wichtige Versammlungen, die von Tausenden besucht sind, ist oft im „Vorkwärts“ kein Wort zu finden. Ich weise nur auf die von 4000 Personen besuchte Frauenversammlung hin, welche Stellung zum Bürgerlichen Gesetzbuch einnehmen sollte; die bürgerlichen Zeitungen berichteten darüber ausführlich, der „Vorkwärts“ hatte nur die Resolution und das mich, der ich referirt hatte, den Bericht zu machen. Ich lehnte das natürlich ab, da ich bis in die Nacht hinein und den ganzen nächsten Tag für die Partei thätig sein mußte und weil man es doch keinem Menschen zumuthen kann, daß er einen Bericht verfaßt, bloß weil der „Vorkwärts“ keinen Berichterachter hinführt. In Folge dessen ist die ganze Frauenagitation, die von uns ausgehen sollte, von den bürgerlichen Frauen aufgenommen worden. Da ist es denn kein Wunder, daß die Arbeiterschaft allmählig die Berichte gänzlich meißt. Ich kann das an einem bestimmten Fall nachweisen. Durch Zufall war während der Wahlbewegung ein Versammlungsbericht in den „Vorkwärts“ hineingekommen, der ganz zu Unrecht die Sozialdemokraten des letzten Reiches als Boudies hinführt. Es war ein Ausschritt aus einer bürgerlichen Zeitung, der verächtlich abgedruckt wurde. Aber kein Genosse hat sich darüber beschwert, woraus Sie ersähen können, daß die Genossen selbst während der Wahlbewegung keine Berichte mehr lesen, weil sie wissen, daß das nicht damit steht. Sie können auch nicht sagen, man soll sich mit seinen Beschwerden an die Berliner Pressenkommision wenden. Gewiß, die Kommission wird thun, was